Österreichische Gesellschaft
für Kulturpolitik

Jahrbuch **2010/11**

Dr. Josef Kirchberger (Präsident)
Harald Krassnitzer (Kuratoriumsvorsitzender)
BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek (Vizepräsidentin)
Abg.z.Nr. Mag. Christine Muttonen (Vizepräsidentin)

Vorwort

Das Jahr 2010 hat mit der Veranstaltung „Kultur trotz(t) Krise!" begonnen, eine Themenstellung, die leider die gesamten zwei Jahre des nunmehr vorgelegten Berichtes unserer Gesellschaft für die Jahre 2010, 2011 visionär Gültigkeit behalten hat und leider - diese Prognose wage ich auch für die nächsten Jahre - eine Generalüberschrift sein könnte. Trotz oder gerade wegen dieser nicht sehr optimistischen Einschätzung der ökonomischen Rahmenbedingungen ist es umso wichtiger, dass wir fortlaufend zum kulturpolitischen Diskurs und Dialog aufrufen, Grundsätzliches und Aktuelles thematisieren und so versuchen, dem Kulturellen in der Politik größere Beachtung zu geben. So haben wir beispielsweise das Thema „Gefängnistheater" ins Bewusstsein der Menschen gerückt und mit der Präsentation der „Flüchtlingsgespräche" von Bertolt Brecht, einem wesentlichen Werk der Literatur, zu mehr Sensibilität für das Problem von Migranten und Flüchtlingen aufgerufen. Mit den sehr grundsätzlichen Diskussionen „Kultur für wen?" und der Diskussion über Leitkultur haben wir kulturpolitische Basisarbeit geleistet. Im Juli 2011 fand dann ein freundschaftliches wichtiges Treffen mit der deutschen Gesellschaft für Kulturpolitik unter dem Generalthema „Kultur entwickelt" im Renner-Institut statt. Wie immer erhielten wir von unseren deutschen Freunden wichtige Impulse und Anregungen. Außerdem konnten wir ihnen einige Kulturprojekte der Stadt Wien präsentieren. Den Abschluss des Jahres 2011 bildete die Präsentation des neuen Kultur- und Informationskanals des Österreichischen Rundfunks „ORF III", auf den wir alle stolz sind, und von dem wir wichtige Impulse für mehr öffentliche Wahrnehmung der Kultur erwarten.

Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir die Arbeiten der letzten zwei Jahre dokumentieren und denen, die dabei waren, in Erinnerung rufen, oder für die, die nicht kommen konnten, die wichtigsten Passagen zum Nachlesen bieten.

Alle diese Tätigkeiten unserer Gesellschaft wären nicht möglich, wenn nicht viele Kolleginnen und Kollegen im Vorstand sowie unsere Vizepräsidentin Dr. Hilde Hawlicek mitwirkten. Ich möchte Ihnen allen und ganz besonders unserer Geschäftsführerin Herta Straka für ihr Engagement und ihre Unterstützung danken.

Dr. Josef Kirchberger

„Kultur trotz(t) Krise"

Diskussion über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Kunst und Kultur

28. Jänner 2010 • Kunsthalle Wien • Museumsquartier • 1070 Wien

Ein hochkarätiges Podium, bestehend aus Experten aus Politik und Wissenschaft, diskutierten über die Bedeutung und Rolle der Kultur in der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Möglichkeiten der Finanzierung und die Wahrnehmung von Kunst und Kultur in einer ökonomisch schwierigen Zeit.

Mit: Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städtetages), Josef Kirchberger (Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik), Andreas Mailath-Pokorny (Stadtrat für Kulturangelegenheiten in Wien), Franz Schuh (Schriftsteller und Lektor an der Universität für Angewandte Kunst), Norbert Sievers (Geschäftsführer der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft); Moderation: Rubina Möhring (Journalistin, 3sat-Kulturzeit)

Der voll besetzte Saal in der Kunsthalle im Wiener Museumsquartier hat es bewiesen: Kunst und Kultur trotzen der Krise und finden trotz Krise statt. Der Besucherzustrom war so groß, dass sich einige Gäste mit Stehplätzen begnügen mussten.

Als Einstieg in die Diskussion wies der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, Josef Kirchberger, auf die Doppeldeutigkeit des Diskussionsmottos „Kultur trotz(t) Krise" hin: „Kunst und Kultur waren bislang weder von einem Geldregen noch von negativen Auswirkungen der Krise betroffen. Zumindest in Österreich und anderen europäischen Ländern, wo Kunst und Kultur hauptsächlich mit öffentlichen Mitteln finanziert werden."

Notwendig seien verstärkte Anstrengungen in der Kunst- und Kulturpolitik, da fast alle Krisen auch eine kulturelle Dimension hätten. Geht man davon aus, dass die Finanzkrise Ergebnis einer Kulturkrise in weiterem Sinne ist, so könne die Antwort nur lauten: „Kultur hat der Krise nicht nur zu trotzen, sondern wir brauchen mehr Kultur, weil wir eine Krise haben." Aufgabe der Kulturpolitik sei es, auf gesellschaftliche Zustände einzuwirken, aber es gebe auch banale volkswirtschaftliche Argumente. Die Mehrausgaben und Investitionen für Kultur seien angesichts des geringen Aufwandes „nicht Teil des Problems, sondern in Anbetracht des materiellen Ertrages und der weltweiten Bedeutung geradezu dessen Lösung."

Kirchberger äußerte aber auch Befürchtungen: „Die Kulturpolitik der Nachkriegszeit war im Wesentlichen eine Art josephinistische Politik, darunter verstehe ich alles für das Volk, nichts durch das Volk." Inhaltlich sei zwar – speziell ab der Ära Sinowatz ab 1970 – vieles gelungen, indem die Autonomie der Kunst unterstützt wurde. Kirchberger glaubt, dass es sich in Zeiten von Sparbudgets rächen werde, dass „wir den Menschen die Bedeutung der Kunst und ihre Kulturfunktion zu wenig näher gebracht haben". Kulturpolitiker werden Schwierigkeiten haben, Erhöhungen oder das Aufrechterhalten der Budgets zu argumentieren. „Die Frage ‚Wozu brauchen wir das?' ist für die breite Masse nicht beantwortbar, ich fürchte daher, dass vieles unter die Räder kommen wird, das nicht Eventcharakter hat oder die Seitenblickegesellschaft anspricht", so Kirchberger.

Der deutsche Kulturpolitiker **Klaus Hebborn** analysierte die Problematik der Kultur in Deutschland. Er ortete als Grundproblem der Kommunen in Deutschland „chronische Unterfinanzierung". Eine Stadt könne nun einmal nicht pleite gehen: Sie existiere weiter, sei aber gezwun-

gen, Einschnitte zu machen – in Bereichen, wo es keine starken gesetzlichen Bindungen gibt. Der Kulturbereich ist in Deutschland eine kommunale Aufgabe, die Kommunen tragen 50 Prozent der Ausgaben, die Länder 40 und der Bund zehn Prozent. „Freie Bereiche stehen als Erstes auf der Sparliste", erklärte Hebborn. Grotesk: Am schlimmsten sei die Kulturhauptstadt Ruhrgebiet betroffen. Hebborn sah „Feuer unterm Dach!".

Er tritt gegen den Strukturkonservativismus ein und schlägt vor, neue Wege der Zusammenarbeit – auch interkommunal – zu beschreiten. Den Kommunen müssen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Im Tätigkeitsbericht des Wiener Kulturstadtrats stand zu lesen: 200 Millionen Besucher in Wiener Museen, im Vergleich: Fußball hat nur 0,5 Millionen. Wien habe überall etwas für Kinder und alternative und Hochkultur zu bieten. Die **Moderatorin Rubina Möhrig** dachte bei der Lektüre des Berichts: „Ein Schlaraffenland im Vergleich mit Deutschland?".

Der Wiener Kulturstadtrat **Andreas Mailath-Pokorny** könne auf Wien bezogen nicht sagen, dass von öffentlicher Hand zu wenig für Kultur ausgegeben werde. Die Krise sei aber bei verringerten privaten Engagements spürbar, Stichwort Sponsorings. Was die Besucherzahlen betrifft, gebe es überall eine Steigerung – vom Theater der Jugend bis zur Josefstadt. Weiters bestehe von Seiten der Stadtregierung das klare Bekenntnis zur öffentlichen Kulturfinanzierung. „Zusätzlich bieten wir Maßnahmen an, um Menschen, die es sich nicht leisten können, den Zugang zu Kultur zu erleichtern", ergänzte Mailath-Pokorny und nannte als Beispiele eine Reihe von Programmen, von den KulturlotsInnen bis zum Kulturpass.

„Wienbezogen kann ich sagen, dass Kultur der Krise trotzt. Das hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass die überwiegend öffentliche Finanzierung und die ungebrochen gesteigerte Nachfrage nach Kultur in dieser Stadt das entsprechende Klima hervorbringen", so der Kulturstadtrat.

Die Moderatorin **Rubina Möhring** fragte Norbert Sievers, was es damit auf sich habe, dass die deutschen Kommunen pleite sind, aber trotzdem neue Häuser, wie etwa das Schauspielhaus Köln, gebaut werden.

Der Geschäftsführer der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft **Norbert Sievers** wies darauf hin, dass Geld nur ein Teil des Problems sei. „Es handelt sich nicht nur um eine Finanzierungs-, sondern um eine Akzeptanz- und Nachfragekrise". Früher habe es bei Umfragen geheißen: „Ich gehe nicht in die Oper, aber es ist gut, dass es sie gibt und ich gehen könnte, wenn ich wollte." Das hat nachgelassen.

Zur Nachfragekrise erklärte Sievers, dass es zu viele Einrichtungen und damit ein Auslastungsproblem gebe. „Der Kulturbereich ist vom Geist belebt, es könne gar nicht genug Kultur geben. Aber dass alles ein Maß haben muss, was Finanzierung und Inanspruchnahme angeht, dämmert erst langsam", erklärte Sievers. „Die Finanzkrise bietet eine Chance, darüber nachzudenken, wie man die Kulturinfrastruktur in Zukunft gestalten will." Im Ruhrgebiet gebe es viele Projekte, da die Landesregierungen Bauten und kulturelles Erbe retten und der Wirtschaft Aufträge geben wollten. „Das ist alles legitim, aber die Häuser können nicht gefüllt werden", so Sievers. Wegen zu hoher Heizkosten seien die Häuser zum Teil nur im Sommer nutzbar. Auch den Menschen sitze das Geld wegen der Krise nicht so locker in der Tasche.

Außerdem habe sich das kulturelle Interesse bei Jugendlichen und Kindern enorm gewandelt: Das Interesse an Klassik sei um 50 Prozent eingebrochen. Die Finanzprobleme und durch die demografische Entwicklung veränderte Interessen ergeben also auch erhebliche Nachfrageprobleme. In Frankreich und den USA sei das Problem schon sehr drastisch.

Rubina Rübig fragte den Literaturwissenschaftler Franz Schuh, wie er als Kulturschaffender die Kultur in der heutigen Gesellschaft sieht.

Franz Schuh gab zu bedenken, dass „wir noch gar nicht wissen, wie tiefgehend die Krise sein wird". Dass die Banken den „Tanz auf dem Vulkan" – jetzt nur mit Staatsunterstützung – offenkundig weiterführten, sei „eine Absurdität".

In Österreich sei über Kultursubvention auch die Wirtschaft subventioniert. „Die Salzburger Festspiele sind eine Subvention in die provinzielle Wirtschaft und gleichzeitig eine Subvention ins Landesimage. Da gibt es unglaubliche Werbeausgaben", erklärte Schuh und führte weiter aus: "Wenn man die Wirtschaft fördern will, muss man historistische Kulturförderung machen. Ich bin Anhänger einer Kulturpolitik, die wesentlich in eine repräsentative Vergangenheit investiert."

Seit der Ära Sinowatz gebe es neben der historistischen Hochkultur eine „unendliche Reihe von selbst organisierten Quellen kultureller Beteiligung", kleine Vereine, die für die regionale Lebendigkeit ganz relevant seien. Schuh befürchtet, dass es diese auf lange Sicht nicht mehr geben werde – „kein geringer Verlust".

„Dass Historisierendes gefördert wird, kann ich in Anbetracht der Förderungen in Wien nur zum Teil nachvollziehen. Die Hälfte der Förderungen ist für repräsentative und traditionelle Kultur, die andere Hälfte fließt in innovative neue Projekte", so **Mailath-Pokorny**. Bei der „street academy" der Wiener Festwochen etwa werden junge Menschen, meist mit Migrationshintergrund, bei künstlerischen Tätigkeiten unterstützt, und sie können ihre Kunstwerke im Rahmen der Festwochen zeigen. Der Wiener Kulturstadtrat schließt daraus: „Vorurteile, dass Kulturpolitik eh nur Althergebrachtes fördert, halten der Wahrheit nicht stand."

Franz Schuh entgegnete, dass es auf Österreich umgelegt evident sei, dass viel mehr in die traditionelle Kultur hineingeht. Es gehe auch um die öffentliche Aufmerksamkeit. Der Historismus unserer Kultur werde z.B. durch den Staatsoperndirektor verkörpert und stelle „geradezu totalitäre Ansprüche".

Josef Kirchberger sagte, die Budgetsanierung werde sehr wohl massive Auswirkungen auf die Kultur haben. „Die Kulturpolitik hat keine breite Akzeptanz, das ist nur eine Illusion", so Kirchberger. Der Durchschnittsbürger stelle in Frage, wozu wir das alles bräuchten, bisher habe er es nur nach dem Motto „Solange ich genug habe, ok", toleriert. „Aber wenn die Mittel knapper werden, wird der Verteilungskampf schärfer. Dem haben wir nichts entgegenzusetzen, denn wir haben den Menschen nicht beigebracht, warum wir die Kultur brauchen", bedauerte der ÖKUPO-Präsident.

In Deutschland gebe es eine zivilisierte Form der politischen Auseinandersetzung. „Diese Art des zivilisierten Umgangs und Form der kulturell aufgeklärten politischen Auseinandersetzung sei in Österreich und Wien auf dem Rückzug", so Kirchberger. Er erkenne außerdem eine „zunehmende Barbarisierung der öffentlichen Diskussion und veröffentlichten Meinung". In den Printmedien gebe es nur mehr Mord und Totschlag, aber dieser Anstieg zeige sich nicht in der Kriminalstatistik.

Hebborn sah das Problem in Deutschland im Föderalismus begründet: Es gebe Kooperationsverbote, der Bund dürfe den Kommunen kein Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben geben. Für ein Konjunkturprogramm um zehn Mrd. Euro für die Kommunen musste z.B. extra das Grundgesetz geändert werden. Die Gesetzesänderung gilt aber nur für den speziellen Fall der Krise und Not.

Wichtig sei auch das Verhältnis öffentlich verantworteter Staatskultur und freier Kulturszene. „Die freie Kultur bekommt in Deutschland unter fünf Prozent der öffentlichen Mittel für Kultur, generiert aber ein Vielfaches an Besuchern und Rezipienten. Die große Gefahr der Krise ist, dass sich die Mittel auf die Staatskultur konzentrieren und die freie den Bach hinuntergeht", so Hebborn.

Zur Infrastrukturfrage sagte er: „Muss denn jede Stadt ein eigenes Theater und eine eigene Oper haben?" Es gebe z.B. fünf Konzerthäuser im Ruhrgebiet, was zu erheblicher Konkurrenz führe. „Solche Dinge müssen sehr viel stärker interkommunal entschieden und diskutiert werden", so Hebborn, der staatliche Anreize in Form von Förderungen innovativer Kooperationsprojekte fordert.

Rubina Möhrig fragte Sievers, ob es durch die Krise zu einer gesellschaftlichen Unkultur kam.

Norbert Sievers bestätigte, dass Krisen solche Tendenzen befördern. „Die Sozialstruktur ändert sich seit Jahrzehnten. Ich habe nicht mehr die bürgerliche Schicht mit ihren Abos, weil der strukturelle Hintergrund langsam wegbricht", so Sievers. Die Bevölkerung sei interkulturell sehr viel heterogener zusammengesetzt. „Die Zukunft der Kulturpolitik ist die Interkulturalität – oder sie wird ein Problem bekommen." In großen Städten haben über 40 Prozent der unter 18-Jährigen Migrationshintergrund. Und auch die Überalterung führe zu einer anderen Nachfragestruktur. Dazu kommt die ökonomische Situation, dass die Menschen weniger Budget für Kultur haben, weit in die Mittelschicht reichend. „Es gibt eine Statusverunsicherung", erklärte Sievers.

„Wir hatten immer das große Ziel, Kultur für alle anzubieten und viel Geld dafür investiert, aber das hat kaum etwas geändert. Der Fahrstuhleffekt ist nicht eingetreten, die Hälfte der Bevölkerung haben wir nicht erreicht. In 30 Jahren hat sich hier nichts geändert, das dämmert den Leuten jetzt, in der Krise", so Sievers. Das mache Vorschläge wie von Hebborn enorm schwierig in der politischen Durchsetzung. Wie solle man jetzt noch einmal extra das Portemonnaie aufmachen, wenn in anderen Bereichen auch gekürzt wird.

Mailath-Pokorny gab zu bedenken, dass niemand frage, ob der Apfel förderungswürdig ist oder ohne Förderung defizitär wäre. Das stehe nicht zur Debatte.

Beim Thema Migration ist die Kulturpolitik sehr gefordert. „Wir haben in den österreichischen Medien, in der Kultur und der Öffentlichkeit keine migrantischen role models. Im deutschen Fernsehen kommen wesentlich mehr Menschen mit Migrationshintergrund vor. Wenn wir hingegen ORF schauen, glaubt man, es gäbe keinen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich, was nicht stimmt. Es gibt mindestens ein Drittel", kritisierte Mailath-Pokorny das falsche Abbild der Wirklichkeit in der österreichischen Medienlandschaft. Genauso sehe es auch in den demokratischen Repräsentationsorganen aus. Im Wiener Gemeinderat seien gerade einmal drei von 100 Gemeinderäten Migranten.

„Wir versuchen mit verschiedenen Programmen wie der street academy vor allem jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zu bieten, sich künstlerisch zu äußern und wahrgenommen zu werden. In fünf Monaten werden wir kein anderes kollektives Bewusstsein schaffen, aber irgendwann kommt ein ZiB1-Moderator nicht nur aus Vorarlberg, sondern hat einen serbischen oder türkischen Hintergrund", so Mailath-Pokorny zum Bewusstseinsbildungsprozess.

Hebborn ortete großen Nachholbedarf in der Kulturpolitik: „Man sieht das an den Spielplänen in Theatern und Orchestern – sie haben ein westlich geprägtes, meist klassisches Repertoire und wenige Stücke aus dem Raum, aus dem die Migranten stammen."

Schuh sah „in der Tat die Verrohung als das zentrale kulturelle Problem". „Wir haben ansatzweise Szenarien einer solchen möglichen Verrohung gehört, nämlich, wenn die Wirtschaftskrise die Leute total in ihrer Existenz packt."

Kirchberger empfiehlt, dass sich die Kulturpolitik bewusst besonders Menschen mit Migrationshintergrund annehmen sollte. „Es werden viele Veranstaltungen gemacht, diese Tendenz freut mich." „Arbeit mit Randgruppen hat zwei Effekte: Menschen mit Migrationshintergrund finden sich wieder und werden zu Beteiligten im Kunst- und Kulturprozess. Und die Österreicher sehen, dass das nicht ‚nur' Migranten sind, sondern dass sie kulturell etwas leisten und einen besonderen Wert darstellen", so Kirchberger.

Der ÖKUPO-Präsident kündigte an, dass „das sicher nicht die letzte Veranstaltung zum Thema" gewesen sei, da die verfügbare Zeit so schnell verging, dass sich eine Diskussion nicht mehr ausging.

Gefängnistheater – Warum nicht in Österreich?

Eine Diskussion über Gefängnistheater und warum es auch in Österreich etabliert werden sollte. Ein prominent besetztes Podium diskutierte über die aktuellen Rahmenbedingungen für Gefängnistheater, dessen Nutzen für die Reintegration der Strafgefangenen und die Gesellschaft, sowie darüber, wie die Politik mit diesem Thema umgeht. Zu Wort kamen Vertreter aus Kunst, Psychologie und Politik.

27. Oktober 2010 • Kunsthalle Wien • project space Karlsplatz • Treitlstraße 2 • 1040 Wien

Mit: Hannes Jarolim (Justizsprecher der SPÖ im Nationalrat), Kurt Neuhold (Grüner Kreis), Christine Luger-Hammer (Sigmund Freud Privatuniversität), Karl Markovics (Schauspieler), Manfred Michalke (Regisseur - Wiener Vorstadttheater); Moderation: Prof. Dr. Nikolaus Lehner (em. Rechtsanwalt); Begrüßung: Josef Kirchberger (Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik)

Themen der Diskussion waren die Vergangenheit des Gefängnistheaters, dessen weniger zufriedenstellende Gegenwart – und Wünsche für die Zukunft, etwa ein Gesetz, das Theaterbühnen in Gefängnissen zur Pflicht macht.

Eingangs begrüßte der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, **Josef Kirchberger**, die Gäste. Er wies darauf hin, dass Gefängnistheater international bereits eine Selbstverständlichkeit sei. Eine Frau aus dem Publikum berichtete von Gefängnistheater-Projekten in der Türkei, die es bereits vor 25 Jahren gab und dessen Stücke sogar auf einem Theaterfestival aufgeführt wurden. Es sei, so Kirchberger, Aufgabe des Vollzugs, jene zu integrieren, die ein Leben außerhalb der Norm führen. Bei Michalkes Projekten in Gerasdorf etwa – dort ist eine Justizanstalt für Jugendliche – würde man deutlich sehen, wie viel Selbstvertrauen die Jugendlichen durch das Theaterspielen gewinnen und wie stolz sie auf sich und ihr Team sind.

Zu Beginn der Diskussionsrunde stellte **Prof. Nikolaus Lehner** das Podium vor. Er erklärte, dass nach der Ära der sozialdemokratischen Justizministerin Maria Berger eine neue Ideologie Einzug gehalten habe, die es schwer macht, Gefängnistheater zu realisieren. Lehner hofft, dass die Durchführung der geplanten neuen Theaterstücke besser funktionieren wird.

Der Regisseur **Manfred Michalke** eröffnete seinen Diskussionsbeitrag mit den Worten, dass es beim Gefängnistheater in erster Linie um Integration und auch um künstlerische Arbeit geht: „Theaterspielen ist keineswegs im Freizeitbereich anzusiedeln." Kritiker würden den Organisatoren und Darstellern von Gefängnistheaterstücken aber oft genau das zum Vorwurf machen. Um zu zeigen, was Bühnenarbeit wirklich bedeutet, wurde ein Filmbeitrag über Michalkes Vorstadttheater eingespielt. Ein Amateurmitschnitt – eine professionelle Aufnahme des ORF wurde leider untersagt – zeigte eine Text- und eine Bühnenprobe desselben Szenenausschnitts, um die Weiterentwicklung der Darsteller zu dokumentieren. Die Szenen des Stücks „Gerettet" von Ed-

ward Bond zeigten gleichzeitig die Konsequenz von Gewalt sowie deren Ursache im Schattenriss.

SPÖ-Justizsprecher **Hannes Jarolim** empfand es als bedrückend, dass es nicht zu einer Aufführungsserie des Stücks kommen konnte, sondern dass es nach einer Aufführung eingestellt wurde: „Dass das Theaterstück nicht aufgeführt werden konnte, ist symptomatisch für den Wandel, der in der Justiz stattgefunden hat." Dabei helfe es Jugendlichen, dabei zu reflektieren und sich zu resozialisieren, was „eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe" sei. Ein weiterer Kritikpunkt des SPÖ-Justizsprechers war, dass der Jugendgerichtshof in der Wiener Riemergasse aufgelassen wurde: „Das war eine Einrichtung, die europaweit Vorbildwirkung hatte und ein Zusammenspiel von Richtern, Staatsanwälten, Psychologen und Pädagogen ermöglichte. Die Jugendlichen wurden umfassend betreut und auf ihren Weg zurück in die Gesellschaft vorbereitet." Viele Delegationen kamen wegen des Gerichtshofs nach Wien und kopierten diese Einrichtung – während das Original zugesperrt wurde. Gefängnistheater und ein humanitärer Strafvollzug seien aber die „richtige Antwort auf Kriminalität", so Jarolim, Bezug nehmend auf die positiven Auswirkungen eines humanitären Strafvollzugs.

Lehner warf ein, dass der Strafvollzug nicht nur den Zweck hat, Buße zu tun, sondern auch den, dass die Gefangenen wieder aktiv werden. Das Schauspiel habe die Straftäter begeistert; es sei war zwar keine Arbeit, aber die Proben und das Bühnenleben wären wie „natürliches Doping" für sie. Und es habe ihnen Hoffnung für die Zukunft gegeben.

Dr. Christine Luger-Hammer beleuchtete den Sinn und Zweck des Gefängnistheaters und warum Jugendliche zu Verbrechern werden, aus psychoanalytischer Sicht: Sie ist bei ihrer Arbeit als Therapeutin in einem forensischen Zentrum immer wieder mit der Aussage konfrontiert, dass Gefängnisse nur einen Verwahrungscharakter haben. Die Jugendlichen seien aber wissbegierig und nehmen Ratschläge und pädagogische Hilfe gerne an. Der psychoanalytische Ansatz besagt, dass das elterliche Milieu immer im Hintergrund des Straftäters ist. Der Verwahrungscharakter habe mit Abwehr zu tun – Verdrängen ist nötig, um die Realität aushalten zu können und das „Fremde" außen zu halten. Bei einer Abwehr werden starke Mauern um sich herum aufgebaut, diese Mauern symbolisieren das Gefängnis.

Karl Markovics arbeitet derzeit an einem Filmprojekt, dessen Hauptfigur ein junger Straftäter ist. Er hat sich im Zuge der Recherchen für diesen Film intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und dabei Manfred Michalke kennengelernt. Markovics erzählte, dass er im aufgelassenen Jugendgerichtshof in der Riemergasse drehen wird. Wenn ein Straftäter davon spricht, welche Geschichte hinter seiner Laufbahn steckt – oft ist es eine schwere Kindheit – können das viele „nicht mehr hören", vor allem, wenn sie auch keine gute Kindheit hatten. „Zwischen keiner guten und einer schlechten Kindheit bestehen aber viele Unterschiede", findet Markovics. Und auch Klischees seien oft wahr. Die Frage sei, wie man den Kreislauf aus Verletzungen und Verbrechen durchbricht: "Indem ich meinen Racheinstinkten folge und die Menschen wegsperre oder indem ich an den Menschen herankomme? Eine sinnvolle, einfache und kostengünstige Variante ist, den Menschen an sich selbst heranzuführen – und Theater ist eine Kunstform, die genau das bewerkstelligt." Denn: Jeder kenne das, im Kino oder Theater „im Kern seiner selbst berührt" zu werden. An einen solchen Punkt solle man jugendliche Straftäter führen. Straftaten seien oft eine Flucht, um sich nicht mit sich selbst auseinandersetzen zu müssen. Von der Justiz höre man oft von Personalmangel, was eine Unterstützung verunmögliche: „Die personelle Situation vorzuschieben ist billig, da herrscht eine Einstellung, wo man einfach nicht will und keine Lust hat", kritisierte Markovics. Als Grund ortet er Bequemlichkeit – die Jugendlichen hätten „eh schon genug", und wer das nicht so sieht, sei unbequem.

Kurt Neuhold sagte, dass Theaterprojekte ein wesentlicher Bestandteil seiner Arbeit mit Suchtkranken im Grünen Kreis seien. Er plant, mit Michalke den „Klassenfeind" in einer Einrichtung für männliche Jugendliche zu inszenieren. Das Stück spielt in einem Klassenzimmer und könnte einen wertvollen Beitrag dazu leisten, sich in jemand anderen zu versetzen und sich kennenzulernen. Suchtkranke hätten oft strafrechtliche Probleme, sie nützen das Theater im Grünen Kreis, um besser mit der Sucht umgehen zu lernen und ihre soziale und persönliche Entwicklung voranzutreiben. Das Ziel ist, ein zufriedenstellendes Leben, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, zu führen. Sie lernen, Alternativen zu Flasche und Co. zu finden – dafür seien Kunstprojekte extrem wichtig, z.B. auch Schreibwerkstätten, Trickfilme und Maskenprojekte. „Das ist sinnvolle künstlerische Arbeit – und außerdem ein Menschenrecht", so Neuhold.

Lehner fragte nach der Rolle der Politik, konkret des Justizministeriums, bei der Umsetzung solcher Projekte.

Michalke antwortete darauf, dass die entsprechende Einstellung, Gefängnistheater zu unterstützen, einfach nicht gegeben sei. Jede Art künstlerischer Arbeit werde von Behörden als Freizeitaktivität „wie Schnurspringen" und als Belustigung gewertet, aber nicht als Arbeitszeit. Es sei, so die Behörden, eine ‚Belohnung' und Erleichterung des Vollzugs, wenn die Strafgefangenen Theater spielen dürfen. Behörden würden sogar in Besetzung, Stückauswahl, Team und Einladungen eingreifen – was nicht deren Aufgabe sei. Neuhold wünscht sich einen freien Zugang zur Kultur, wie es von der ehemaligen Ministerin Maria Berger geplant war. Strafausmaß und Vorgeschichte seien beim Gefängnistheater irrelevant, „es geht auf der Bühne ja nicht um autobiografische Erzählungen, sondern es werden Rollen gespielt."

Auch **Jarolim** betonte, dass die Einstellung, dass Theaterspielen nur als Freizeit und Entlastung gesehen werde, absurd ist. Sogar Polizeischüler wurden zur Aufführung von „Gerettet" geschickt, um die Zuschauerplätze auszufüllen.

Lehner regte an, diese Diskussion nach außen zu tragen und öffentlich zu kommunizieren. Es sei unheimlich wichtig, die Jungen nicht nur wegzusperren, denn dann folge oft die nächste strafbare Handlung.

Luger-Hammer sprach nach ihrem kurzen Diskurs über

die Abwehr auch über die sogenannte „Spaltung". Ein Baby sieht die Mutter als Gute, zu Liebende und auch als Frustrierte und Enttäuschte. Um das Gute aufrecht zu erhalten, spaltet das Kind die Mutter in „zwei Mütter" – die „gute" und die „böse". Diese Ambivalenz muss in sich vereint, die Schwarz-Weiß-Malerei aufgegeben werden. Die Gesellschaft, Regime und Institutionen, führen dieses dualistische Denken aber weiter und fördern es sogar. Die Psychoanalytikerin wies darauf hin, dass man Grauzonen zulassen müsse.

Markovics sagte, wenn jugendliche Straftäter entlassen werden, komme es oft wieder zu einer Straftat, weil nicht nur beim Vollzug, sondern auch bei der Weiterbetreuung gespart werde. Sozialarbeiter haben bis zu 15 Klienten, die sie in einer kritischen Phase ihres Lebens intensiv betreuen; sie sind mit ihren Aufgaben – unter anderem Hilfe bei der Wohnungs- und Arbeitssuche – überlastet. „Es gibt anständige Menschen, und es gibt Verbrecher – die sind so und bleiben so", kritisierte der Schauspieler, der in dieser Einstellung den Grund sieht, dass das Gefängnistheater als „rausgeschmissenes Geld" betrachtet wird.

Neuhold ergänzte, dass der Stellenwert von und Umgang mit Gefängnissen thematisiert werden müsse. Die Leute werden „aufbewahrt und weggesperrt". Aber Angebote für Ausbildung und Persönlichkeitsbildung etc. seien wichtig. Derzeit fänden z.B. in einem Wiener Neustädter Gefängnis „berührende und bewegende" Proben statt. Auch als Gast gebe man dort einen Teil seiner Autonomie ab, da man immer jemanden brauche, der einem die nächste Tür aufsperrt. Es gibt dort sehr engagierte, freundliche und erfahrene Beamte, weiß Neuhold Positives zu berichten. Neuhold sagte, dass Weiterbildung und Kunstprojekte helfen, den Umgang mit Krisen zu erlernen. Er resümiert: „Notwendig ist ein politischer Diskurs über die Funktion von Gefängnissen. Das wäre sehr wichtig und entspricht leider nicht der aktuellen Schwarz-Weiß-Diskussion."

Den ersten Beitrag zur Publikumsdiskussion lieferte **Hilde Hawlicek**, Bildungsministerin a.D. und Präsidiumsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik. Sie erinnerte daran, dass Bruno Kreisky die Utopie einer gefängnisfreien Gesellschaft gesehen hatte. Das sei schon damals auf Unverständnis gestoßen, aber heute dürfte man dies nicht einmal mehr als Utopie äußern.

Ein großes Thema in der Publikums-Diskussionsrunde war der Umgang mit dem Thema Gefängnistheater im Ausland. **Manfred Michalke** sprach von einer renommierten Berliner Bühne, die Gefängnistheater öffentlich aufführt, und auch in Spanien herrsche eine moderne Einstellung dazu. Ein Herr aus dem Publikum sagte, dass in Frankreich seit Jahrzehnten sowohl im Gefängnis als auch nach der Entlassung mit den Straftätern gearbeitet werde. Ebenso in Italien, wo Gefangene sogar einmal den Preis für alternative Theaterarbeit erhielten. Österreich verhalte sich hier im Vergleich mit Frankreich, Italien oder Spanien wie in den 60er-Jahren.

Eine Dame warf ein, dass Häftlinge auch gern Stücke, mit denen sie sich identifizieren können, spielen, denn es sei etwas anderes, wenn Häftlinge Richter und Anwälte spielen, als wenn Schauspieler das tun. Sie erarbeitete selbst ein Theaterstück mit Häftlingen, welches auch an einer Volkshochschule aufgeführt wurde. An den Straftätern seien dabei starke Entwicklungen zu beobachten. Ein Herr aus dem Publikum erzählte von einer Veranstaltungsreihe, zu der Freigänger, Familienmitglieder der Häftlinge und viele mehr gekommen waren und die die Aufführungen regelrecht als Fest zelebriert haben – ohne Besucherbeschränkung. In den zwei Stunden Theater gebe es kein Gefängnis für die Täter, sie hätten dadurch Zeit, sich zu entwickeln – denn jeder brauche eine Auszeit von seiner Person. Er wünsche sich ein Gesetz, das Bühnen in Gefängnissen vorschreibt.

Im Gefängnis gebe es zwei Systeme: Reue, die der Anstalt gegenüber gezeigt wird, Gesetze, sich fügen, Therapie und reflektieren und andererseits aber das System der Gefangenen untereinander. Der Strafgefangene ist im zweiten System umso cooler, je mehr Drogen er z.B. schmuggelt. Hier werden den Jugendlichen zwei verschiedene Identifikationen abverlangt. Daraus können sie bei der Kunsttherapie ausbrechen, denn in der Theatergruppe können sie ganz anders sein – weder brav noch cool.

Weiters solle das Recht von Strafgefangenen auf Kultur gesetzlich verankert werden; derzeit hätten sie nur einmal pro Quartal Anspruch auf kulturelle Veranstaltungen. „Es muss eine politische Forderung sein, Musen zu Göttern zu machen", so eine Stimme aus dem Publikum. Denn Seelsorge dürfen die Gefangenen jeden Tag in Anspruch nehmen.

Zur Finanzierung der Projekte wurde gesagt, dass die Mittel dafür über Subventionen und Sponsoren aufgetrieben werden. **Michalke** erklärte, dass unbare Mittel zur Verfügung gestellt würden, ein Teil der Personalkosten werde etwa von der MA7 subventioniert, und der Bund leistet einen kleinen Unkostenbeitrag. Art4Art und die Vereinigten Bühnen unterstützen die Projekte ebenfalls. Eine Produktion kostet ca. 60.000 Euro. „Ohne diese unbaren Förderungen wären solche Projekte gar nicht möglich", so der Regisseur.

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion dankte **Nikolaus Lehner** allen Teilnehmern aus Podium und Publikum.

ÖKUPO-Präsentation
DIE FLÜCHTLINGSGESPRÄCHE von Bertolt Brecht

24. November 2010 • SPÖ-Klub im Parlament • Dr. Karl Renner-Ring 3 • 1010 Wien

Lesung mit Dieter Haspel, Ensembletheater Petersplatz
Hannes Hawlicek, freier Texter

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik präsentiert neben Diskussionen zu kulturpolitischen Themen auch immer wieder Künstler/innen und ihr aktuelles Schaffen, u.a. Performances oder Buchvorstellungen.
Diesmal stand eine Lesung aus den Flüchtlingsgesprächen von Bertolt Brecht auf dem Programm.

Dazu einer der beiden Protagonisten, Hannes Hawlicek:

„der mode-begriff des wut-bürgers erfasst bloß die subjektive reaktion auf ein gesellschafts-politisches problem oder einer, zeitlich festgemachten, situation. um dem entgegenzuwirken bedarf es viel mehr als das gelebte rückgrat von mut-bürgern.
deshalb lautet das motto dieses abends: wut-bürger nein, mut-bürger ja.
bertolt brecht hat in seinen "flüchtlingsgespräche" den zustand einer gesellschaft festgehalten, indem sie selbst vor einem richter steht, ohne jemals angeklagt geworden zu sein. zu einem solchen zeitpunkt werden die grundfeste der zivilisation berührt. moral, ethik und empathie werden einer prüfung unterzogen, die sie noch selten, wenn nicht nie, bestanden haben. der einzelne mag einen ausweg für sich finden, dabei vielleicht sich selbst betrügen, aber die so gern angerufene menschlichkeit kommt dabei abhanden.
nie kann es zeitzeugnisse solcher umstände genug geben. der versuch, daraus zu lernen darf niemals unterdrückt werden.
die "flüchtlingsgespräche" bieten dem zuhörer die möglichkeit, besser zu verstehen und womöglich sogar, sich selbst zu prüfen. eine entscheidung zu treffen. gegen den totalitarismus und für demokratie und die aufgeklärte freiheit des individuums innerhalb einer solidarischen gesellschaft."

stimmen zur lesung:

„ausgezeichnet, unterhaltsam und notwendig", uni. prof. dr. anita holzinger

"eine 5-sterne-lesung", heinz r. unger, autor

"selten so unterhaltsam belehrt", gabriele schmoll, schauspielerin

"spannend und keine minute fad", christa iraschko, hausfrau

brecht-zitat:

der paß ist der edelste teil von einem menschen. er kommt auch nicht auf so einfache weise zustand wie ein mensch. ein mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste art und ohne gescheiten grund, aber ein paß niemals. dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während der mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.

„KULTUR FÜR WEN? STRATEGIEN ZUR FÖRDERUNG KULTURELLER TEILHABE“

Eine Diskussion über kulturelle Teilhabe, das Erreichen von Zielgruppen und wie beides gefördert werden kann. Ein sehr engagiertes Podium diskutiert Fragen der Migration, der Kulturbudgets und der Sinnhaftigkeit kultureller Infrastruktur. Zu Wort kamen Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Kultur.

1. Februar 2011 • Der Raum • IG Architektur • 1060 Wien

Mit: Sonja Ablinger (SPÖ-Kultursprecherin), Ülkü Akbaba (Regisseurin und Theater- und Medienwissenschafterin), Gabi Gerbasits (Geschäftsführerin IG Kultur Österreich), Hilde Hawlicek (Bundesministerin a.D.), Ernst Woller (Vorsitzender der Wiener SPÖ-Bildung und Kultursprecher der SPÖ Wien) und Norbert Sievers (Geschäftsführer der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft); Moderation: Michael Wimmer (Educult); Begrüßung: Josef Kirchberger (Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik)

Auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik trafen in den Räumlichkeiten der IG Architektur Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Kultur zusammen, um Antworten auf die Frage „Kultur für wen?“ zu finden und „Strategien zur Förderung kultureller Teilhabe“ zu erörtern. Die Perspektiven und Zugänge waren ganz unterschiedlich – einig waren sich Teilnehmer und Publikum aber darin, dass „Kultur für alle“ das Ziel aller kulturpolitischen Bestrebungen sein sollte. Die Breite des Themas hat sich auch in der Anzahl der Gäste widergespiegelt: Die Veranstaltung war sehr gut besucht, der eine oder andere Teilnehmer konnte der Diskussion nur mehr im Stehen beiwohnen.

Eingangs begrüßte der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, Josef Kirchberger, das Podium und die Gäste und wies darauf hin, dass die Frage des Abends – „Kultur für wen?“ ein zentrales Thema der Kulturpolitik sei, denn „kulturelle Teilhabe ist das Fundament der Kulturpolitik“.

Der Moderator der Diskussion, **Dr. Michael Wimmer**, erklärte, dass es zwei besondere Stränge, die Zugangschancen zu Kultur für viele Menschen bieten, gebe: große Einrichtungen durch Kulturvermittlung zu öffnen ist der erste; die kulturelle Selbstermächtigung, wie es sie in den 70ern gab, der zweite. „Jeder ist Teil von Kultur – ob er nun in die Oper geht oder nicht“, deklarierte Wimmer. Kultur habe auch mit ökonomischen Fragen zu tun, damit, dass die sozialen Klüfte immer größer werden. Durch Hilmar Hoffmanns Forderung „Kultur für alle“ sei in Deutschland eine neue Kulturpolitik entstanden.

Norbert Sievers, Soziologe und Geschäftsführer der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft, einer Schwesteror-

ganisation der ÖKUPO, kritisierte in seinem Impulsreferat die angebotsorientierte Kulturpolitik, der das Publikum wegen eines Missverhältnisses von Angebot und Nachfrage wegbreche. Es werde nicht darüber nachgedacht, wer die zur Verfügung gestellten kulturellen Angebote nutzen soll, Hauptsache, es gebe eine neue Infrastruktur. Der Leitspruch „Es kann nicht genug Kultur geben" solle aber auch in Frage gestellt werden, schon allein wegen der schlechten finanziellen Lage der Kommunen. Sievers stellte Thesen zum Verhältnis zwischen kultureller Teilhabe und der Sozialstruktur der Gesellschaft auf – bezogen auf Deutschland, in Österreich sei die Lage aber ähnlich.

Der Soziologe hat Faktoren identifiziert, bei denen er davon ausgeht, dass sie die Sozialstruktur prägen und in Zukunft Auswirkungen auf die kulturelle Teilhabe haben werden.

- Die demografische Entwicklung: Die Bevölkerung schrumpft, bis 2050 wird sie in Deutschland von 81 auf 50 Millionen Menschen schrumpfen. Das habe Konsequenzen für die schulische und kulturelle Infrastruktur. Die Frage des Schrumpfens sei auch insofern wichtig, als dass das kulturelle Interesse in den letzten 20, 30 Jahren nicht so stark gewachsen ist wie gedacht, es ist eher gleich geblieben – „eine enttäuschende Erkenntnis, auf die man Antworten finden muss". Alle Parameter, die eine bessere Teilhabe bewirken – also bessere Schulbildung, mehr Freizeit, ein größeres Angebot – haben nicht dazu geführt, dass das Interesse stärker wurde. Dass die Einrichtungen dennoch voll sind, liege daran, dass die Vielnutzer, 5 bis 10 Prozent, die Angebote immer öfter nutzen. „'Kultur für alle' ist nicht umgesetzt worden", so Sievers.
- Der zweite Faktor ist die Altersentwicklung, also die Überalterung der Bevölkerung. Für das ältere Publikum gibt es vor allem Klassik. Der Konzertbesucher ist im Durchschnitt 60, der von Operetten 57 Jahre alt. Das Klassikpublikum geht zurück. „Das ist ein relevanter Faktor, aber es werden trotzdem weitere Konzerthäuser gebaut, obwohl die bestehenden schon Rock und Pop anbieten, um sie zu füllen", kritisiert Sievers. Bei Kunst ist das Publikum jünger, 40 bis 45 Jahre alt.
- Soziale Herkunft, Lage und Bildung spielen eine entscheidende Rolle bei der Teilnahme an Kultur und der Ausbildung von kulturellen Freizeitinteressen. Die Nutzung oder Nichtnutzung entlang sozialer Merkmale hat zugenommen und „soziale und kulturelle Exklusion kann sich verstärken, da die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinanderklafft", erklärt der Soziologe. Die zehn Millionen Sozialgeldbezieher in Deutschland können sich das Theater nicht leisten. Dabei ist die Angst vor dem sozialen Abstieg ein genauso großer Faktor wie der faktische Abstieg – auch in der Mittelschicht, denn der sozioökonomische Status der Mittelschicht hat sich verschlechtert. „Gefühlte Armut und Statuspanik reichen weit in die Mittelschicht hinein. Die Menschen schließen sich dann aus, bevor sie faktisch ausgeschlossen sind – eine schlechte Voraussetzung für Kultur", analysiert Sievers. Exklusion entsteht nicht nur wegen des Einkommens, sondern auch im strukturell schwachen ländlichen Raum und bestimmten Stadtteilen. Viele wandern ab und nur, die nicht können, bleiben – infrastrukturelle Unterversorgung verstärkt sich gegenseitig.
- Kulturelle Orientierung ist auch eine Frage der Differenzierung. Lebensstile werden nicht nur nach Schicht differenziert, auch nach Alterskohorten und Generationen. Das führe zu einer „Ungleichzeitigkeit der Kultur", jede Generation hat ihren Kulturbegriff und stellt Anforderungen an die Kultur. Für die Off-Kultur der Jugend gibt es wenig Geld im Vergleich zu traditioneller Kultur, es herrscht eine „katastrophale Ungleichverteilung öffentlicher Zuwendung für verschiedene Lebensstilgruppen". Tiefgreifende Veränderungen zur Teilhabe bringen das Internet, PC-Spiele und mobile Geräte. Sie befreien von der Illusion, dass die Bildungsschicht die zentrale Instanz kultureller Teilhabe sei.

„Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik und damit mit dem Anspruch verbunden, die Gesamtentwicklung in den Blick zu nehmen", betonte Sievers. Es gebe keine homogene Präferenzgruppe, kulturelle Interessen und Vorlieben verändern sich.

Es sei unüblich, darüber nachzudenken, ob es zu viele kulturelle Angebote gibt. Kultur für alle wird es nicht geben, aber für viele ist sie möglich! Kulturpolitik dürfe nicht zum Komplizen werden für die sogenannte Kultur für Eliten oder Wohlhabende. „Kultur ist ein Bürgerrecht, daher müssen wir uns um die soziale Balance kümmern", so Sievers.

SPÖ-Kultursprecherin **Sonja Ablinger** sprach über die Bedeutung moderner Kommunikationstechnologien für die Teilhabe und Teilnahme an Kultur. Bei der Versorgung der Menschen mit Breitbandinternet ist die öffentliche Hand gefragt. „Wenn im 21. Jahrhundert die Anbindung ans Internet eine zentrale Bedeutung bekommt, weil ja erst der niedrigschwellige Zugang Möglichkeiten zu neuen Formen der Teilhabe und Teilnahme schafft, muss der öffentliche Versorgungsauftrag neu formuliert werden", so Ablinger. Die SPÖ-Kultursprecherin führte aus: „So wie die Öffentlichkeit die Mobilitätsnetze von Straße, Schiene und Telefon oder Anschlüsse an Strom, Heizung und Kanal garantiert, müsste auch die Versorgungssicherheit mit leistbaren Breitbandinternet-Technologien zur Aufgabe der öffentlichen Hand gehören." Es gehe darum, wie wir die Potentiale der Kommunikationstechnologien nützen, damit sich immer mehr Menschen an politischen Aushandlungsprozessen beteiligen. „Das Internet schafft Möglichkeiten. Wir verstehen Kulturpolitik auch als Ermächtigung, sich auszudrücken, den eigenen Anliegen eine Bühne, eine Ausdrucksform zu geben. Die Digitalisierung schafft vor diesem Hintergrund ganz neue Möglichkeiten, stellt aber auch die Politik vor Herausforderungen", betonte die SPÖ-Kultursprecherin. Die Frage Sievers, ob wir nicht schon genügend kulturelle Einrichtungen hätten, verneinte sie.

Wimmer fragte das Podium: „Gibt es die Kultur? Unterschiedliche Leute erwarten und brauchen unterschiedliche Kultur."

Ernst Woller, Kultursprecher der SPÖ Wien und Gemeinderat, sagte, die Kultur gebe es nicht, sondern unzählige Formen. Die Aussage Hoffmanns von 1979 stimme auch

heute: „Es ist ein hehres Ziel, ‚Kultur für alle' – oder viele – zu erreichen", aber die Frage sei, wie. Aus Sicht der Wiener Kulturpolitik ist ein ganz wesentlicher Punkt der Kampf um das Kulturbudget. Dies sei insgesamt viel Geld, aber wenig im Vergleich mit anderen Budgets, konkret 2,1 Prozent des Stadtbudgets. „Eine wichtige Voraussetzung ist also der Kampf ums Budget", so Woller. „Zweitens sollten wir ein möglichst vielfältiges, breites und dezentrales Angebot schaffen. Je größer die Vielfalt, desto mehr Menschen werden erreicht." In Wien habe er das versucht und nennt in diesem Zusammenhang die Garage X, das Kabelwerk und den Nestroyhof. 20 Millionen Tickets für Kino, Konzerte, Ausstellungen werden jährlich in Wien verkauft, 40mal so viele wie für Fußball. Kultur ist also das weitestverbreitete Massenphänomen. Besonders in den Film wurde in den letzten Jahren viel investiert, denn sieben von zwanzig Millionen Tickets wurden für das Kino gekauft. Weiters gibt es Projekte wie „Hunger auf Kunst und Kultur", „Cash for Culture" für die Jugend, Gratiseintritt in Bundesmuseen für bis 19-Jährige, ein neues Popfest, „Into the City", die Brunnenpassage, Kunst im öffentlichen Raum. Es sei außerdem geplant, de Aktion „Eine Stadt. Ein Buch." auf „Eine Stadt. Ein Film" auszuweiten. Kulturelle Partizipation, Vermittlung und Bildung stünden im Wiener Koalitionsprogramm an erster Stelle.

Ülkü Akbaba brachte den Migrationsaspekt in die Diskussion ein: Sie verstehe, dass Kultur nicht für alle sein kann, sieht aber „Kultur, Kunst, Theater für alle", als Ideologie und Orientierung und Aufgabe der Sozialdemokratie an. 44 Prozent der Wiener Bevölkerung seien exkludiert – dieser Anteil der Wiener Bevölkerung sind Personen mit Migrationshintergrund. Für sie gebe es in Wien keine Kultur, kritisierte Akbaba und fragte: „Wo ist die Kultur für Migranten?" In Richtung Woller sagte sie, dass Teile ihrer Kulturstudie im Regierungsprogramm übernommen wurden, deren Verwirklichung wäre progressiv, aber nach drei Monaten hätte sie noch nichts über die Umsetzung gehört.

Gabi Gerbasits von der IG Kultur fordert Kultur und Bildung für alle – Kultur für viele sei ihr noch zu exklusiv. Sie sehe Handlungsbedarf, bezogen auf die ungleiche Verteilung in Bevölkerungsgruppen.

Gerbasits hob besonders drei Initiativen hervor. 1. „Hunger auf Kunst und Kultur", eine zivilgesellschaftliche Initiative von Armutskonferenz und Schauspielhaus. Da werden jene erreicht, die gerne an Kultur teilhaben, denen es aber zu teuer ist. Dadurch werden keine neuen Zielgruppen erschlossen, aber die Initiative sei gut für die, bei denen Kultur Teil des Freizeitverhaltens ist und dieser wegzubrechen droht. Heuer gibt es 45.000 Tickets in Wien, 15.000 mehr als 2010. 2. Freier Eintritt in Bundesmuseen: Seit 2010 wurden 3,1 Mio. Euro investiert, sodass der Eintritt in Bundesmuseen für bis 19-Jährige frei ist, aber nur im Klassenverband. Das sei also nicht die kulturpolitische Maßnahme. Das Vermittlungsangebot werde genutzt, sei aber nicht nachhaltig, da es nicht evaluiert wird und keine Begleitmaßnahmen stattfinden. Drittens gibt es noch die KulturlotsInnen des ÖGB. Zwischen politischer Teilhabe und kultureller Partizipation bestehe ein enger Zusammenhang. Durch das Projekt können über Betriebsräte neue Publikumsschichten erreicht werden, die im Erwerbsleben stehenden. Das Projekt werde auch evaluiert, und es würden begleitende Maßnahmen angeboten. Das erste und dritte genannte Projekt werden nicht so viel unterstützt wie die Museen. Gerbasits sieht eine ungerechte Verteilungskultur – und stellt die Frage, wie die Politik das rechtfertigt.

Hilde Hawlicek, ehemals Ministerin und EU-Abgeordnete, war Repräsentantin der Idee „Kultur für alle". Sie freue sich über das Wiener Regierungsprogramm, Bildung und Kultur war auch in den Regierungen Kreisky ein großer Schwerpunkt. Sie sieht Bildungspolitik als Voraussetzung der Kulturpolitik. Wichtig: Der Ausgleich zwischen Hochkultur und allgemeiner Kultur und mehr Investitionen in Kulturinitiativen. Früher wurden mehr regionale, freie Initiativen gründet und gefördert. Kulturinitiativen auszuweiten sei eine Frage des Geldes, je mehr Geld, desto mehr könne man ansprechen, auch in den Bezirken. Der Kulturverein Floridsdorf z.B. habe ein sehr gemischtes Publikum, nicht nur das Bildungsbürgertum, was eine positive Entwicklung sei. Hawlicek zeigte sich verwundert, dass nicht mehr Menschen kulturelle Angebote wahrnehmen, sondern nur Interessierte öfters. Sie sei aber optimistisch, da es immer neue, breitere und bessere Initiativen gebe. In ihrer Zeit als Ministerin stieg das Kunstbudget um 40 Prozent – das wünsche sie sich auch heute.

Akbaba betonte, dass es nicht nur ums Budget gehe, sondern auch um ein Umdenken und Öffnen des Wiener Kultur- und Kunstlebens gegenüber den ihrer Meinung nach ausgeschlossenen Schichten – die Realität sei, dass fast die Hälfte der Wiener Bevölkerung Migrationshintergrund habe, Tendenz steigend. „Daher soll Kulturpolitik nicht nur die bestehende Kultur pflegen und fördern, sondern auch zukünftige", so Akbaba, die sich eine ernsthafte Auseinandersetzung wünscht. Die von Woller genannten Projekte seien zwar gut, aber nur punktuelle kleine Maßnahmen, teils von NGOs organisiert. Es gebe gleichzeitig viele Theater, denen es finanziell und publikumstechnisch nicht gut gehe. „Die Wiener sind anders geworden, aber die Kultur geht damit nicht d'accord", so Akbaba. Sie wünscht sich türkische Autoren, Regisseure und auch Spielpläne.

Aus dem Publikum meldete sich der Kulturredakteuer Thomas Trenkler vom Standard: Dass hohe Bevölkerungsteile andere Sprachen sprechen, ließe sich nicht rückgängig machen, für sie müsse Kultur zur Verfügung stehen. Das Theater der Jugend z.B. erhalte hohe Subventionen, biete aber kein türkisches Programm an.

Woller wies diesen Vorwurf zurück, er leiste seit 20 Jahren etwa Integrationsarbeit für Jugendliche. Fast alle könnten Deutsch und bräuchten kein türkisches Theater. Migrationsangebote gebe es außerdem in allen Teilen der Kultur.

Eine Dame aus dem Publikum wies auf eine für die Partizipation wichtige Berufgruppe hin: die Kulturvermittler. Sie betreiben etwa das Projekt „Hereinspaziert" im Technischen Museum für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache. Die Erlebnisse dort seien prägend für die Kinder – das Publikum von morgen.

Der Grüne Kulturpolitiker Klaus Werner-Lobo begrüßte die Emotionalität der Diskussion, zeige diese doch deren Bedeutung. Die Vielfalt der Migranten sei auch in der Kultur abzubilden, und die Kulturpolitik müsse das ermöglichen. Die Frage nach Kultur für wen und wie viele stelle sich nicht, denn „alle sind Kultur".

Die SPÖ-Kultursprecherin sagte zum Thema Migration, dass die Kulturpolitik wichtig für die Migration sei, aber auch eine anständige Asyl- und Fremdenpolitik voraussetze.

Sievers empfahl der Kulturpolitik, Schlüsse aus den soziostrukturellen Grundlagen zu ziehen. Er sei nicht pessimistisch, aber wenn es nur um mehr Geld gehe, dann laufe es nicht korrekt, sondern verdecke nur den Diskurs über wichtige Fragen. Auch der öffentliche Kunstmarkt sei ein Markt, das müsse man bei der Infrastrukturplanung überlegen. Viele Regionen brauchen mehr Kultur; zu viele Einrichtungen, die leer stehen und erhalten werden müssen, seien hingegen ein großes Problem.

Woller räumte ein, dass es natürlich Bereiche in Wien gebe, wo es ein Überangebot gebe, vor allem in der darstellenden Kunst, deren Budget seit 20 Jahren nur gestiegen ist. Finanzielle Mittel stehen fast immer im Mittelpunkt, 99 Prozent, egal ob große oder kleine Einrichtungen, hätten überzeugende Argumente, warum sie mehr benötigten. Der „Kampf ums Kulturbudget" sei nicht alles, aber wichtig.

Hawlicek erklärte, dass 20 bis 30 Prozent der Zuschauer im Theater der Jugend Migrantenkinder seien, das gleiche Verhältnis wie in den Klassen. In der Kulturpolitik sei man bemüht, auch Fragen der Migration einzubeziehen. Es könne nicht genug Kultur geben, denn: „Je mehr es gibt, desto eher erreichen wir ‚Kultur für alle'", so Hawlicek.

Wimmer dankte allen Diskutanten am Ende der Veranstaltung und erinnerte daran, dass weniger Geld zwar eine Niederlage sei, aber neue Zielgruppen zu gewinnen ein kulturpolitischer Erfolg sei.

Za wos a Leitkultur?

Eine Diskussion über mögliche Definitionen des Begriffs Leitkultur, kulturelle Werte und ihre Bedeutung für die Integration. Ein hochkarätiges Podium diskutiert Fragen der Integration und was Kultur dazu beitragen kann. Zu Wort kamen Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Kultur.

2. Mai 2011 • SPÖ-Klub im Parlament • 1010 Wien

Mit: Hannes Swoboda (Vizepräsident der Sozialdemokraten im EU-Parlament, SPÖ-EU-Abgeordneter), Barbara Frischmuth (Schriftstellerin), Franz Schuh (Literat und Philosoph), Olaf Schwencke (Präsident der deutschen Vereinigung der Europäischen Kulturstiftung ECF); Moderation: Josef Kirchberger (Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik)

Der vom Politikwissenschafter Bassam Tibi geprägte Begriff der Leitkultur ist umstritten – Definition und Bedeutung in der heutigen Gesellschaft werden heiß diskutiert. Auf Einladung der **Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik** sind Vertreter aus Politik, Kultur und Wissenschaft im Parlament zusammengekommen, um ihre Sicht der Dinge darzulegen und eine Antwort auf die Frage „Za wos a Leitkultur?" zu finden. Eines vorweg: Aufgrund der verschiedenen möglichen Definitionen und Zugänge fielen die Antworten sehr unterschiedlich aus. Eine durchgehende Ablehnung der Leitkultur als dominierende oder unterdrückende Kultur war allen Diskutanten gemein. Bemerkenswert war die Anzahl der Gäste – über 100 Interessierte verfolgten die Statements des Podiums und nahmen an der Debatte teil.

Einleitend erklärte **ÖKUPO-Präsident Josef Kirchberger**, dass der mundartliche Titel der Podiumsdiskussion widerspiegeln soll, dass die Leitkultur in Österreich weniger inhaltlich als z.B. in Deutschland diskutiert wird, sondern heftig „auf einer Ebene gegen Minarette, Kebap-Geruch und Co." stattfindet. „Gefordert sind sachliche und inhaltliche Auseinandersetzung", so Kirchberger. Aktuell war das Diskussionsthema auch angesichts der Lage in Afrika: „Hier gibt es einen Umbruch, der die Migrationsbewegung verstärkt." Auch der schrumpfenden Einwohnerzahl, z.B. in Deutschland, müsse man durch Zuzug gegensteuern.

Die **Schriftstellerin Barbara Frischmuth** hat lange in der Türkei gelebt und spricht auch Türkisch. Sie bedauerte, dass niemand, der „durch die Leitkultur geleitet werden soll", am Podium ist. „Ich denke, dass der Begriff Leitkultur wegen seiner Hierarchisierung nicht viel bringt", so Frischmuth. Im Begriff Leitkultur sei die Überlegenheit festgeschrieben. Den Ausdruck extra zu kreieren, sei müßig, denn: „Die sogenannte Leitkultur besteht aus Gesetzen, die sowieso von der deutschen bzw. österreichischen Regierung erlassen wurden. Es besteht daher ohnehin keine Gefahr, dass etwas anderes als die Leitkultur etwas anordnen kann", erklärte die Schriftstellerin.

In Österreich werde kommuniziert, dass es ohne Deutsch nicht geht, dass es ohne Ausbildung keinen Job gibt und dass eine Ganzkörperverschleierung die Jobchancen massiv mindert. Das ist „eine so dichte Information", dass niemand im Land nichts davon gehört haben könne – und wenn es jemand nicht hören will, so „wird er es zu spüren bekommen". Eine Versteifung der Kultur könne nie gut ge-

hen, sie müsse flexibel bleiben: „Kultur kann nur existieren, wenn sie sich offen hält." Als Beispiel nannte Frischmuth den Aufschrei gegen Türkisch als Maturafach: „Was spricht gegen das Lernen? Die Erlernung der Muttersprache hilft beim Erlernen anderer Sprachen." Von anders als indoeuropäisch strukturierten Sprachen könne man viel lernen, denn „wir denken in Sprache, die Struktur der Sprache bestimmt das Denken. Wenn wir uns auf Sprache einlassen, werden wir einiges über unsere ‚blinden Flecken' erfahren", so die Schriftstellerin. Andere Sprachen hätten das Potential, auf Schwächen in der eigenen Wahrnehmung hinzuweisen.

Der **Literat Franz Schuh** sagte, der Begriff Leitkultur beschreibt eine Norm, wie man sein soll. Der Begriff Leitkultur ist eine autoritäre Geste, und „für viele ist geleitet werden der Inbegriff der Kultur selbst". Will man wissen, was Leitkultur ist, so soll man den braven Soldaten Schwejk lesen: „In Deutschland hieß Leitkultur, dass tschechische Offiziere der Monarchie nicht Tschechisch sprechen durften."
Wir leben in einer Gesellschaft, in der Wirtschaft, Politik und soziale Systeme ausdifferenziert sind, und was sich dem Ausdifferenzierten entzieht, ist der Rest, den ein französischer Intellektueller als Kultur bezeichnete. Zum Beispiel ist Amsterdam anders als Wien, nicht nur, weil wir ausdifferenzierte Systeme haben, sondern weil der „Rest" anders ist – es gibt einen anderen Überbau und eine andere „Leitkultur".

Olaf Schwencke von der ECF bezeichnete den Begriff Leitkultur als schwierig, durch ihn werde ein Teil der multikulturellen Gesellschaft an die Wand gedrückt – „wir geben vor, wie Kultur definiert wird und in welcher Sprache sie abzulaufen hat". „Wir von der SPD und der Europäischen Kulturstiftung haben die Debatte bewusst nicht geführt, denn der Begriff als gesellschaftspolitische Überlegung ist ein Irrweg – weg von dem, was eine Gesellschaft im Kern zusammenhalten sollte", so Schwencke. Dass es durch Zuzug eine andere Leitkultur gebe, sei falsch. „Hegel sagte, ‚Erst am anderen sehe ich, wie ich bin', also durch Begegnung mit anderen. Das ist nicht nur wünschenswert, sondern notwendig", so der ECF-Präsident. Das Multikulturelle sei eine Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Kulturpolitik: „Mit welchen Instrumenten schaffen wir es, dass die Gesellschaft im Kern zusammenhält?" Schwencke sagte: „Wir können nicht die ausschließen, mit denen wir zusammenleben."

Zu Frischmuth sagte er, dass in der kulturpolitischen Debatte in Deutschland selbst Konservative den Begriff Leitkultur für ungeeignet halten. Er verwies auf Sartre: Wenn andere auf ein Objekt reduziert werden, sei die Gegenseitigkeit des Blicks nicht mehr gegeben. „Davon lebt aber die Kultur, das muss sich weiterentwickeln", so Schwencke.

Die Leitkultur als Kampfbegriff sei in Deutschland 2003 aufgetaucht; Merz von der CDU/CSU erklärte damals die Leitkultur für verbindlich, jeder müsse sie beherrschen, sonst funktioniere die Gesellschaft nicht. Die Sozialdemokratie habe dagegen gewettert.

„Wir brauchen einen Verfassungspatriotismus über den engeren Bereich des Grundgesetzes hinaus. Wir haben eine europäische Wertekonvention, auf deren Grundsatz das deutsche Grundgesetz entwickelt worden ist, und das ist verbindlich", so Schwencke. Heute stehe in der Präambel im Vertrag von Lissabon, die alle EU-27 unterschrieben haben, was europäische Werte sind: die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte der Menschen, Solidarität, Achtung von Geschlecht, Kultur etc. – das sind verbindliche Werte. Der erste Satz des Vertragsentwurfs des griechischen Historikers Thukydides wurde leider nicht übernommen: „Die Verfassung, die wir haben, heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist."

Der **SPÖ-EU-Abgeordnete Hannes Swoboda** sagte, dass „Leitkultur im Sinne einer Orientierungskultur eine Hilfe bei der Integration sein kann". Der Begriff Leitkultur werde oft als Kampfbegriff verwendet, was Swoboda ablehnt. Leitkultur nicht als Dominierung anderer Kulturen, sondern als „Orientierungskultur" verstanden, sei aber durchaus sinnvoll. Kultur sei ja nichts Fixes, sondern ein „fließendes Element des gesellschaftlichen Zusammenlebens".

Der Leitkultur als Assimilierungsnorm für Migranten habe Habermas den Verfassungspatriotismus gegenübergestellt, aber das genüge in der Realität des täglichen Zusammenlebens nicht zur Abdeckung der kulturellen Werte. Swoboda gab außerdem zu bedenken: „Das Problem einer Leitkultur ist: Wer leitet wen?" Wenn Kultur in Beziehung gerät, ändere sie sich immer. Wenn etwa ein Volk ein anderes unterdrückt, ändert sich auch die Kultur des unterdrückenden Volkes. „Aus sozialdemokratischer Sicht sind europäische Werte etwas, das wir nicht verlieren wollen. Davor haben aber viele Menschen Angst", so Swoboda. Die Durchsetzung unserer Werte wurde mühsam erkämpft, daher sei es legitim, eine Orientierung daran einzufordern.

Es seien nicht alle Werte und Einstellungen in den Europäischen Verfassungen geregelt: Als Beispiel nannte er die „Gleichbehandlung bzw. Gleichwertigkeit von Mann und Frau, die in den meisten Ländern zwar Gesetz ist, aber in der Praxis oft nicht umgesetzt wird". Wenn etwa junge Türken oder deren Väter Lehrerinnen nicht ernst nehmen, sei das inakzeptabel. Ein weiterer wichtiger Wert sei die Trennung von Staat und Religion: „Religiöse Gebote dürfen niemandem aufgezwungen werden", bekräftigte Swoboda. Toleranz, insbesondere auch religiöse Toleranz, spiele ebenfalls eine große Rolle im europäischen Einigungsprozess und auch die Bedeutung der Sprache für Integration sei nicht von der Hand zu weisen. Vor 30 bis 40 Jahren wurde die Bedeutung der Sprache für Integration nicht erkannt. Der SPÖ-EU-Abgeordnete stellte die Frage, wie sich jemand gegen Diskriminierung wehren soll, wenn er die Sprache nicht beherrscht. Türkisch im Unterricht und als Maturafach begrüßt Swoboda als zusätzliche Sprache. Keinen Platz in der europäischen „Leitkultur" habe die Todesstrafe – dies sei auch immer wesentliches Element in EU-Beitrittsverhandlungen. Diese Werte sollten in einem über die Verfassung hinausgehenden Ausmaß von allen Bewohnern anerkannt werden.

Verstöße gegen die „Leitkultur" sieht Swoboda nicht von

Migranten anderer Kulturkreise, sondern von Staats wegen, etwa im Zusammenhang mit der eingeschränkten Pressefreiheit in Ungarn.

Barbara Frischmuth stellte die Frage in den Raum, warum wir nicht einfach europäische Kultur sagen und warum die Leitfunktion vorangestellt" werden müsse. Sie kenne eine Frauengruppe in Bad Vöslau, „zu deren Veranstaltungen sich die FPÖ nicht mehr traut". Dort gebe es eine Lehrerin, die auch in der Moschee das Sagen hat; pensionierte Lehrerinnen geben jungen Menschen Nachhilfe. „Es ist wichtig, miteinander zu reden, nachzufragen und zu verstehen", so Frischmuth über den Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund. „Nur, wenn Zuwanderer das Gefühl haben, dass man sie wahrnimmt und nicht nur heuchelt, kann man sie erreichen", so Frischmuth.

In der Diskussion nach den Eingangsstatements gab es einige Stimmen gegen die Verengung der Kultur zur Leitkultur, eventuell möglich sei eine Europäische Kultur. Auch die Fragen, was Leitkultur geschichtlich bedeute, wie sie entstanden sei und wie man sie erkenne, wurden aufgeworfen. Eine Dame im Publikum meinte, was uns eint in Europa, sei eine Leitkultur, die wir auch verteidigen sollten.

Die **Bibliotheksleiterin der Parlamentsbibliothek, Elisabeth Schulz,** bemängelte, dass der ORF keine Sprachkurse zeige: früher habe es Russisch- und Französisch-Kurse gegeben. „Man braucht positive Vorbilder", sagte Schulz. Sie regte an, die Sprachen wie z.B. Türkisch zu lehren. Jemand aus dem Publikum ergänzte, dass nicht nur die Sprache, sondern die Kultur allgemein nähergebracht werden sollte. Schulz kritisierte, dass so wenig über andere Kulturen bekannt sei. Gegen Moscheen seien z.B. viele Menschen, weil es dort ein erhöhtes Verkehrsaufkommen gebe. Viele würden aber nicht wissen, dass Moscheen ein multikultureller Ort sind, nicht nur zum Beten, sondern auch zum Treffen in der Freizeit, „das braucht viel Raum". Über das Fernsehen könnten derlei Informationen transportiert werden.

Eine Frau forderte, dass nicht wir uns „immer überlegen sollen, wie wir uns migrantenfreundlich verhalten" können, sondern fragte nach Versuchen, umgekehrt Migranten zu belehren.

Josef Kirchberger sagte, dass die Wertedebatte der Europäer eine intellektuelle, abgehobene Debatte sei, weil sie „nicht weit hinunterdringt". Man müsse sich damit auseinandersetzen, statt „andere aus Angst abzuwerten". Er fragte, wie man in der Politik konkret damit umgehen könne.

Die Schriftstellerin **Barbara Frischmuth** zeigte sich verwundert, dass die Integrationsprobleme besonders in zweiter und dritter Generation auftreten. Die erste Generation, die der Gastarbeiter, war angepasst, ist aber nie „angekommen". Erst jetzt durch die Ghettoisierung sei das „anatolische Dorf" wieder entstanden, alte Strukturen haben sich durchgesetzt. Die Männer haben als Arbeiter nicht viel verdient und verabsäumt, ihren Kindern beizubringen, dass das nicht genügt. „Aber es gibt auch viele, die ihren Weg machen, vor allem junge Frauen, nur fallen die nicht auf", so Frischmuth. Sprache müsse man sehr wichtig nehmen, denn „Kenntnisse über Sprachen ermöglichen einen Austausch auf gleicher Augenhöhe". Die Idee, im ORF zu erklären, wie z.B. die türkische Kultur funktioniert, bewertet sie positiv. Man dürfe auch weniger Scheu haben, z.B. Familien aus anderen Kulturkreisen einzuladen. „Wenn Menschen miteinander leben wollen, müssen sie es auch wollen", betonte die Schriftstellerin.

Josef Kirchberger sagte, dass er die Sprachkurse in seiner Funktion als ORF-Publikums- und Stiftungsrat bereits mehrmals diskutiert habe, es sei eine Frage der Mittel.

Franz Schuh empfahl das Buch „Fremde sind wir uns selbst" von Julia Kristeva. „Ein großer Teil der Probleme, die wir mit Fremdem haben, sind unsere eigenen; Probleme anderer bringe man nur leichter auf den Tisch", betonte der Philosoph.

Der ECF-Präsident **Olaf Schwencke** sagte in der Abschlussrunde, dass Leitkultur mit Dominanz verbunden sei, aber was wir bräuchten, sei der Dialog: „Es muss unser Leitbild sein, dass wir den Dialog mit Fremden auch wollen." Nach 1945 war in Deutschland nichts mehr von Wert, auch die Sprache hatten Nazis durch ihren Gebrauch „verletzt". 1949 kam das deutsche Grundgesetz, es war ein Leuchtturm, an dem man sich orientieren konnte, es war ein freiwilliger demokratischer Akt. Heute habe die Grundrechtecharta der EU einen hohen Stellenwert, sie sei als verbindliches Leitbild für alle anzusehen.

Hannes Swoboda sah in Europa zwei zusammenhängende Probleme: die Integration und den Trend, dass rechtspopulistische Kräfte zunehmen. Es stelle sich die Frage, ob Kultur nicht eine Hilfe bei der Integration sein könnte. „Fragen der Integration sind nicht wegzuschieben, Konflikte zu leugnen, würde nur den Rechtspopulisten in die Hände spielen", betonte Swoboda. Kultur sei etwas, was der Integration dient. Der SPÖ-EU-Abgeordnete befürwortet die Ganztagsschule, um „Schüler aus verschiedenen Kulturkreisen nicht mittags wieder in ihre jeweiligen Milieus zu entlassen", sondern sie gemeinsam kulturelle Werte erfahren zu lassen. Viele wollen nicht sehen, dass Europa in der globalisierten Welt eine „gewisse Rolle bei der Verteidigung von Werten" spielt.

Gerade die Globalisierung und Ökonomisierung von Werten mache den Menschen Angst, sie fühlen sich nicht zuhause, brauchen aber Bereiche, wo sie sich zuhause fühlen können. „Eine gemeinsame Heimat ist das größte, was Europa schafft", so Swoboda. „Ob wir nun von einer Europäischen Leitkultur sprechen oder nur von Europäischer Kultur oder dem Grundrechtekatalog des Vertrags von Lissabon – wir können keine nachhaltige Gesellschaftsordnung bauen, ohne Werthaltungen zu verankern", so der SPÖ-EU-Abgeordnete, der darauf hinwies, dass diese Werte aber genauso eine Kontrollinstanz für die Mehrheit und die nationalen Regierungen seien, sie müssen für alle gültig sein.

ÖKUPO-Präsident **Josef Kirchberger** empfahl zum Abschluss der Veranstaltung Nazan Eckes' Buch „Guten Morgen, Abendland" und bedankte sich bei allen Teilnehmern.

Culture in a global world. Where does the money go?

Eine Diskussion über die Bedeutung von Freiheit in der Kunst, die stete Weiterentwicklung auf der Bühne und die Rolle von Koproduzenten. Die Needcompany, ein Kulturjournalist und das Publikum des Stücks „This door is too small (for a bear)" machten sich Gedanken über die Kunst, Kunst zu machen.

15. Juni 2011 • Kasino am Schwarzenbergplatz • 1010 Wien

Mit: Grace Ellen Barkey (Choreografin, Gründerin der Needcompany), Maarten Seghers (Darsteller und Komponist) und Karl Regensburger (Intendant ImPulsTanz). Moderation: Wolfgang Kralicek (Kulturkritiker der Stadtzeitung FALTER und Theaterheute)

Die **Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik** in Kooperation mit dem Burgtheater und ImPulsTanz hat Artists in Residence der Needcompany am Burgtheater zum Anlass genommen, zu einem KünstlerInnengespräch über das Thema „Culture in a global world. Where does the money go?" zu laden. Vor dem Gespräch gab es im Kasino am Schwarzenbergplatz, einer Dependance des Burgtheaters, die Performance „This door is too small (for a bear)" der Needcompany zu sehen. Die Aufführung beinhaltete Elemente von Slapstick und Varieté und zeigt eine surreale Welt, einmal humorvoll, einmal poetisch. Sowohl Performance als auch Gespräch wurden auf Englisch abgehalten.

Die **Needcompany** ist ein belgisches Künstlerkollektiv, das es seit 25 Jahren gibt und zu den global players in der Theaterwelt gehört. Unter **Artists in Residence** versteht man Programme, die es Künstlern aus unterschiedlichen Fachrichtungen, vom Schauspieler bis zum Schriftsteller, ermöglichen, ihre kreativen Tätigkeiten ohne den direkten Einsatz eigener finanzieller Mittel auch außerhalb ihres unmittelbaren Kulturkreises auszuüben. Über Einladungen von Theatern, Galerien oder anderen Institutionen findet auf diese Weise ein Austausch von unterschiedlichsten Künstlern statt. Seit Beginn der **Direktion von Matthias Hartmann** ist die belgische Theatergruppe Needcompany als Artist in Residence an der Burg zu Hause. Ihr Leiter **Jan Lauwers** wird mit Mitgliedern des Burgensembles und der Needcompany „Caligula" von Albert Camus im Kasino inszenieren. Auch andere Produktionen der Needcompany werden gezeigt.

Im Publikum beehrte auch Erwin Piplits vom Odeon-Theater mit seiner Anwesenheit.

Einleitend gab **Wolfgang Kralicek** zu verstehen, dass er den Titel der Diskussion nicht so recht verstehe. Er interessiere sich außerdem mehr dafür, wo das Geld herkommt, als dafür, wo es hingeht. Er fragte die Mitbegründerin der Needcompany Grace Ellen Barkey, wie man als unabhängige Theatergruppe so lange überleben könne.

Grace Ellen Barkey sagte, dass es nicht geplant gewesen

sei, so lange zu „überleben". Es gebe wenige „echte" Schauspieler auf der Bühne, sondern Intellektuelle, Philosophen, Wissenschafter. „Ich bin damals frisch von der Tanzakademie gekommen, war also noch kein richtiger Profi, aber die einzige mit Tanzerfahrung. Ich musste also fast Choreografin sein", erzählte Barkey. „Wir sagten immer, wir machen ein Projekt, hatten dann großen Erfolg damit und arbeiteten auf der ganzen Welt, Amsterdam, Spanien, Frankfurt – dann kam das nächste Projekt und das nächste.... So ging es viele Jahre, ganz ohne Plan. Nach acht Jahren wollten wir Struktur und wurden zur Gruppe. Hauptziel war von Anfang an, ein Ensemble zu kreieren", so Barkey. „Wir wollten eine Gruppe von Leuten, die zusammenarbeiten. Wir haben Einjahresverträge, Vollzeit-Engagements vergeben. Seit einigen Jahren haben wir dieses Ziel erreicht. Und das hilft, die Freiheit einer Künstlergruppe zu ermöglichen." Denn: „We are what you see – what you see, is what we are", fasst Barkey den Leitspruch der Needcompany zusammen: „Wir kämpfen für die Freiheit, tun zu können, was wir wollen. Kunst ist der Hauptzweck."

Wolfgang Kralicek wies darauf hin, dass man für die Umsetzung von Projekten Produzenten brauche. Die Needcompany ist Teil eines internationalen Theaternetzwerks. Kralicek bat Barkey, das System der Koproduktion zu erklären. Bei der aktuellen Performance handle es sich ja um eine Koproduktion mit u.a. ImPulsTanz. „Wie funktioniert das? Zahlen die Beteiligten einfach ein bisschen Geld, ist es so einfach?", fragte der Kulturjournalist.

Barkey räumte ein, dass das Christel Simons, Geschäftsführerin der Needcompany, besser beantworten könnte, sie musste aber spontan in der Früh abreisen und konnte daher nicht wie geplant an der Diskussion teilnehmen. Partner würden ein bisschen Geld beisteuern – und das Versprechen einer Performance abnehmen. Das Burgtheater sei ein starker Partner, es sei mutig, die Needcompany zu nehmen. Andere Koproduzenten würden ebenfalls einen finanziellen Beitrag leisten.

„Durch Koproduzenten werden unsere Leute bezahlt, aber wir brauchen Extrageld für die Produktion. Es ist erstaunlich, aber 65 Prozent unseres finanziellen Bedarfs bringen wir selbst ein. Das ist viel, und auch in der Krise haben wir das geschafft", betonte die Choreografin und bezeichnet sich als „ glücklich, dass wir immer noch Koproduzenten für unsere Stücke finden, denn wir könnten unsere Shows sonst nicht machen. Wir sind ja eine unabhängige Gruppe und kein Haus". Die Needcompany spiele immer in anderen Häusern, im Juni etwa sei das Ensemble das halbe Monat nicht zu Hause. „Unser Name ‚internationale Theatergruppe' stimmt wirklich, wir sind immer auf Tour in verschiedenen Theatern", lachte Barkey.

Der **Moderator** fragte Marteen Seghers, ob er lieber ein eigenes Haus hätte und in der eigenen Sprache spielen würde – die Needcompany spielt auf Englisch, Französisch und Flämisch. **Maarten Seghers**, der schon lange bei der Needcompany ist, aber auch eigene Projekte verfolgt, beteuerte seine nach wie vor große Lust am Reisen, „um die Menschen zu erreichen". Ein eigenes Haus stünde gegen den Gedanken vom „Rausgehen und Verbindungen eingehen". „Die Show heute ist unsere Sprache, das ist alles, was wir brauchen. Wir sehen mehr Situationen, Menschen, Kulturen, als man sich vorstellen kann", erklärte der Darsteller. **Barkey** ergänzte, dass die Needcompany in der gleichen Woche schon in Sarajewo und in Belgrad gespielt habe: „Das hat alles einen großen Einfluss darauf, was wir tun und wie wir spielen."

Die Frage, ob es neben einem globalen Theater auch ein globales Publikum gäbe, beantwortete **Barkey** ganz klar: Nicht nur das Publikum sei unterschiedlich, sondern jede Nacht unterscheide sich von der anderen, so z.B. auch die Vorstellung dieses Abends von der des Abends davor. Es gebe immer Kommunikation und Kontakt mit dem Publikum. „Kommunikation mit den Menschen ist unsere Stärke".

Auf die Erfahrungen der Needcompany mit dem Burgtheater angesprochen, lobte **Seghers** das schöne Umfeld. „Wir haben damit begonnen, Artists in Residence im Burgtheater zu sein. Es ist eine spannende Herausforderung, Teil eines Stadttheaters zu sein, das nicht in unserem Land ist." Die Mischung aus Konventionellem und Experimentellem sei eine inspirierende Erfahrung. Barkey findet es schön, Teil von „Artists in Residence" zu sein, es gehe dabei nicht vorrangig ums Geld, sondern um die Zusammenarbeit. Diese funktioniere, weil die Needcompany unabhängig arbeiten könne: „Es ist nicht überall möglich, das zu tun, was wir wollen."

Barkey erklärte: „Wir machen große Produktionen, aber auch kleine. Wir machen Filme, arbeiten in Museen, machen experimentelle Dinge. Wir haben Zeit zum Kreieren und geben uns auch Zeit, um uns weiterzuentwickeln." Auch Maarten Seghers bestätigte: „Wir haben im Moment so viele Projekte, das ist die Dynamik der NC."

Was Burgtheater und Needcompany voneinander lernen können, beantworteten **Barkey** und **Seghers** zunächst damit, dass beide einen ganz unterschiedlichen Ansatz hätten. Seghers vermutet außerdem einen Unterschied in der Einstellung: „Am Burgtheater engagiert zu sein hat vielleicht mehr von einem Job für die Menschen." Barkey ergänzte, dass die Needcompany im Gegensatz zum Burgtheater nicht Teil der Hochkultur sei, **Jan Lauwers** schreibe z.B. die Texte. „Wir haben auch schon ein bisschen Shakespeare gemacht. Aber grundsätzlich verwenden wir keine existierenden Theatertexte", so die Choreografin. Auf der Bühne gebe es eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Performern. Die Mitglieder der Needcompany bezeichnen sich eher als Performer denn als Schauspieler, denn „wir schauspielern, tanzen und singen. Im Burgtheater ist das auch so, aber wir suchen die Freiheit auf der Bühne." Seghers ergänzte, dass die Needcompany mehr den Menschen als den Schauspieler engagiere. Er brauche natürlich Fähigkeiten, aber „der Mensch ist wichtiger".

ImPulsTanz-Intendant Karl Regensburger wollte wissen, ob es für die Needcompany in den letzten Jahren schwieriger geworden ist, Struktur und Schauspieler beizubehalten. Er selbst spüre, dass der Druck stärker werde.

Barkey spüre das schon auch, die Needcompany könne aber noch tun, was sie wolle, ohne Kompromisse. „Kunst ist Show. Sie ist nicht effizient, sie ist nicht geldbringend. Wenn wir nicht mehr tun können, was wir wollen, müssten wir etwas anderes machen. Sobald wir Kompromisse machen müssten, hören wir auf." Kompromisse in der Kunst kommen für die Needcompany also nicht in Frage, aber in Zeiten der Finanzkrise könne durchaus überlegt werden, wie es ist, weniger Geld zu haben. „Das ist globale Realität, aber das bedeutet nicht, Kunst in Frage zu stellen."

Eine Zuschauerin merkte an, dass die Needcompany aus ihrer Erfahrung heraus sehr wohl einen Kompromiss erkenne, sie hätte nicht so frei agiert wie sonst – was im Widerspruch zur vielzitierten künstlerischen Freiheit stehe.

Zurückkehrend zur Hauptfrage der Podiumsdiskussion, wo denn das Geld hingeflossen wäre, erklärte **Grace Ellen Barkey** scherzhaft: „Zu den Banken." Die Menschen würden ihr Geld nicht mehr für Kunst ausgeben, seien aber willig, es für Dinge wie Fußballspiele auszugeben, die allein wegen des Polizeiaufgebots in den Stadien schon viel kosten. Kunst hingegen habe eine große Verantwortung für das in sie investierte Geld zu tragen und soll etwa erzieherisch sein. „Es gibt einen großen Druck auf die Kunst. Sie wird vom Staat subventioniert."

Bezüglich Caligula, der Koproduktion mit dem Burgtheater, sagte **Barkey**, dass noch nicht bekannt sei, wer dabei sein wird. Derzeit finde ein Auswahlprozess statt. Nicolas Field werde jedenfalls live auf der Bühne musizieren. Auf der Documenta wurde Caligula schon einmal aufgeführt, jetzt werde es aber anders, erklärte Barkey auf die Frage eines Zuschauers: „Die erste Version wurde nur in Museen gespielt, es war eher ‚Caligula lesen', jetzt wird es eine richtige Bühnenproduktion."

Die Show sei perfekt, schaue aber improvisiert aus, bemerkte jemand aus dem Publikum. Die Choreografin Barkey sagte darauf: „Wir entwickeln uns täglich weiter, wollen nicht stur reproduzieren. Wir evaluieren auch immer, schauen uns unsere Show an und arbeiten gemeinsam daran. Die Gruppe entwickelt sich – und die Performance auch. Beim vorletzten Stück z.B. haben wir in der allerletzten Aufführung noch Dinge geändert. Das ist unsere Freiheit."

(Das Protokoll ist eine Übersetzung der in englisch abgehaltenen Diskussion – Übersetzerin: Birgit Jung)

ÖKUPO-Tagung „Kultur entwickelt"

1. und 2. Juli 2011 • Renner-Institut • 1120 Wien

Kultur entwickelt – Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik

Das erste Juliwochenende 2011 hielt einiges an interessantem kulturpolitischen Diskussionsstoff bereit: Im Gartenhotel Altmannsdorf, wo das Renner-Institut angesiedelt ist, hat das Treffen des Vorstands der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik (ÖKUPO) und ihres deutschen Pendants, der deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (KuPoGe) stattgefunden. Nach der Anreise der Tagungsteilnehmer der KuPoGe am ersten Tag des Treffens, dem ersten Juli, stand die Kulturtheorie im Vordergrund. Zuerst diskutierten die kulturpolitischen Gesellschaften unter sich über die Entwicklungen der Kulturpolitik in den letzten 30 Jahren, danach fand eine öffentliche Diskussion zum Thema „Kultur entwickelt – Initiativen im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Marketing" statt.

Bei der ersten Diskussion ging es um Fragen der Zusammenarbeit und einen Rückblick auf die „Schwerpunkte der kulturpolitischen Entwicklung in den letzten 30 Jahren in Deutschland und Österreich". Bei der Diskussion gaben Stadtrat Dr. Michael Ludwig, die Vizepräsidentin der ÖKUPO, Dr. Hilde Hawlicek, sowie Prof. Dr. Olaf Schwencke, Kuratoriumsvorsitzender und ehemaliger Präsident der KuPoGe, einleitende Statements ab.

Tag zwei ergänzte dann auf dem Stadtkulturwandertag die theoretischen Auseinandersetzungen des ersten Tages mit der kulturellen Praxis: Zuerst besuchten die Mitglieder der österreichischen und der deutschen kulturpolitischen Gesellschaften das Kabelwerk ganz in der Nähe des Renner-Instituts. Gastgeber waren Silvia Konrad, Kuratorin, und Kurt Sedlak, Geschäftsführer. Danach besichtigten sie die Rinderhalle Neu Marx und erfuhren von Gastgeber Jürgen Weishäupl viel über die geplante Nutzung des Areals. Als dritter Programmpunkt wurde soho in Ottakring vorgestellt, Integrations-Bezirksrätin Sonja Kothe war Gastgeberin. Abends wurde dann auf Einladung des Bundeskanzlers a.D. Franz Vranitzky das Gartenfest im Kreisky-Forum besucht. Beim Open Air Opernfilmfestival am Wiener Rathausplatz ist der Tag mit dem Freischütz von Carl Maria von Webern – oder wahlweise einem Bummel durch die schöne Wiener Innenstadt – ausgeklungen.

Am Treffen der Vorstands- und Kuratoriums-Mitglieder der ÖKUPO nahmen von der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V in Bonn unter anderen Oliver Scheytt, Präsident der KuPoGe und Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH, der verantwortlichen Gesellschaft zur Vorbereitung und Realisierung des Programms von RUHR.2010 – Kulturhauptstadt Europas, Norbert Sievers, Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Olaf Schwencke, Kuratoriumsvorsitzender der deutschen kulturpolitischen Gesellschaft, sowie weitere kulturpolitisch engagierte Menschen aus verschiedenen Regionen Deutschlands teil. Schwencke war Gründungspräsident der KuPoGe und ist seit zwölf Jahren Gastprofessor am Institut für Theaterwissenschaften in Wien.

Olaf Schwencke erzählte in seinem Statement vom ersten Treffen der beiden kulturpolitischen Gesellschaften in Salzburg, die wichtige Akteure bei der Entwicklung eines „neuen Kulturbegriffs" gewesen seien. Die Deutsche Kulturgesellschaft sei eher theorielastig, die Österreicher formulierten ihr Verständnis von Kulturpolitik ohne lange Sitzungen, analysierte Schwencke scherzhaft. In Wien seien

die Studierenden sehr an Kulturpolitik interessiert, es gebe volle Vorlesungssäle und viele Diplomarbeiten in dem Bereich – auch in Österreich spiele Kulturtheorie also eine große Rolle.

In Deutschland habe sich die Kulturpolitik in den letzten 30 Jahren stark verändert, es seien ganz wichtige Entwicklungsphasen eingetreten: Die neue Kulturpolitik, die von einem neuen, erweiterten, in den 70er Jahren geprägten Kulturbegriff ausgeht, habe sich durchgesetzt. Mit der Regierung Schröder im Jahr 1998 habe die Kulturpolitik enorme Impulse erfahren. Schröder habe etwa einen Kulturstaatssekretär im Kanzleramt angesiedelt. Wichtig sei in Deutschland, dass alle wichtigen Ereignisse – sozialpolitisch, kulturell etc. – einen europäischen Kontext haben. Die Bundestagsfraktion der SPD entschied sich etwa für eine Enquete zu „Kultur in Deutschland". Das Ergebnispapier zeige umfassend kulturpolitische Entwicklungen auf.

Zu den Aufgaben der KuPoGe sagte Schwencke: „Wir haben der Kulturpolitik die politiktheoretischen Vorgaben gegeben. Wir sind bundesweit die Speerspitze der Reflektion über Kulturpolitik." Durch die RUHR.10 habe die deutsche Kulturpolitik neue Impulse entwickelt und „wir sind europarelevanter" geworden. „Wir haben wieder eine Kulturpolitik, die deutlich macht, dass Kulturpolitik Gesellschaftspolitik ist. Und auch nur dann von Relevanz ist, wenn sie es ist", betonte Schwencke, denn: „Kulturpolitik kann nicht per se Kulturpolitik sein, sondern muss immer einen gesellschaftlichen Bezug haben."

ÖKUPO-Vizepräsidentin Hilde Hawlicek erzählte, dass es früher eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift gegeben habe, mit einer Auflage von 15.000 Stück. Fritz Wendl sei Chefredakteur gewesen und verfasste fundierte kulturpolitische Artikel. Unter Bundeskanzler Sinowatz wurden viele kulturpolitische Vorhaben realisiert, ein Rückschritt trat unter Kanzler Schüssel ein. Hawlicek erklärte, dass es mit der Kulturpolitik in ihrer Zeit als Ministerin bergauf gegangen sei, nicht nur finanziell, obwohl sie auch das Budget um 50 Prozent erhöht habe. Es herrschte ein gutes Klima. Das Budget stieg kontinuierlich, jetzt ist es eingefroren.

Stadtrat Michael Ludwig sagte, in der Ära Kreisky wurde Kultur in der Politik wichtig genommen, es gebe daher auch viele kulturelle Veranstaltungen zum Jubiläum „100 Jahre Kreisky". Die Wahrnehmung von Kunst und Kultur habe sich geändert. In den 1980ern hätten sich Kulturschaffende stark eingebracht. Unter der Regierung der FPÖVP von 2000 bis 2006 wurden viele Vereine ausgegrenzt, dies stellte einen Bruch in der Kultur dar. Ein wichtiger Prozess in den letzten 30 Jahren sei der Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer gewesen, das habe in Österreich auch zu einem starken Veränderungsprozess geführt.
In den letzten Jahren sei Wien wieder zur Drehscheibe im Kulturbetrieb zwischen Österreich, den alten EU-Staaten und neuen Beitrittsländern geworden und vertrete einen gesamteuropäischen Anspruch, wie z.B. mit dem Tanzfestival ImPuls. Das spiele in Wien eine große Rolle bei der Integration. Auch die spürbare Migrationswelle während der Jugoslawienkriege schlage sich stark im Kulturbetrieb nieder.

Drittens gebe es einen verstärkte „Hinwendung zu allen Teilen der Bevölkerung". Es gab eine Reihe von Maßnahmen, die KulturlotsInnen in Kooperation mit den Gewerkschaften etwa, die die Arbeitnehmer erreichen sollten, oder Cash for Culture, eine kleine Initiative, die unbürokratisch Mittel zur Verfügung stellt, was vor allem im Jugendbereich ein Motivationsschub sei, oder etwa Kunst am Bau. Wien sei zwar als Musikhauptstadt bekannt, „wir wollen Kultur aber auch mit dem Alltagsleben in Verbindung bringen".

Seine Erfahrung mit größeren Kulturinitiativen, z.B. als Linz europäische Kulturhauptstadt wurde, zeige, dass Linz nachhaltig der Imagewandel von der Industrie- zur Kulturstadt gelungen sei. Und im Ruhrpott wurde mit der RUHR 2010 gar eine ganze Region neu definiert.

Ludwig wies auch darauf hin, dass man in der EU Möglichkeiten gemeinsam nutzen und finanzielle Mittel gemeinsam lukrieren könnte, Stichwort Ostsee- oder Donauraumstrategie. Zum Donauraum gehören 14 Länder. „Gemeinsame Projekte verstärken den positiven Austausch. Die kulturpolitischen Gesellschaften haben große Aufgaben in der Kooperation", so der Stadtrat.

Bei der den Statements angeschlossenen Diskussion erinnerte **ÖKUPO-Präsident Josef Kirchberger** daran, dass das Kanzlerfest vor 30 Jahren noch ein Kulturfest gewesen sei, viele Kunstschaffende waren dort und traten in einen kritischen Dialog. Kirchberger fragte, wie Kulturschaffende gesellschaftspolitisch wieder mehr Relevanz bekommen könnten. Er erinnerte an die Präsentation des künstlerischen Parteiprogramms der SPÖ – pro Kapitel haben Künstler etwas gemacht, Kreisky habe das Werk präsentiert. Hilmar Hoffmanns Schrift „Kultur für alle" brachte in den 1970er Jahren den gesellschaftlichen Diskurs in Schwung. Kulturpolitik verstand sich als Fortsetzung der Sozialpolitik, „viele Kulturinitiativen ersetzen gar die Sozialpolitik". Es sei wichtig, den Dialog wieder in Schwung zu bringen. Die Politik könnte kulturinteressierter sein.

Kultur entwickelt – Initiativen im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Marketing

Ein hochkarätiges Podium diskutiert über Pionierpflanzen und die Bedeutung von Kultur für die Stadtentwicklung.

1. Juli 2011 • Renner-Institut • Hoffingergasse 26-28 • 1120 Wien

Mit: Josef Kirchberger (ÖKUPO-Präsident), Norbert Sievers (Geschäftsführer der KuPoGe), Gabriele Gerbasits (IG Kultur), Oliver Scheytt (KuPoGe-Präsident und Geschäftsführung der RUHR.2010 GmbH), Shams Asadi (MA 18 –Stadtplanung); Moderation: Peter Rantasa (Kulturmanager, Kurator und Vorstandsmitglied der ÖKUPO)

Im Rahmen der Tagung hat die ÖKUPO auch zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion im Gartenhotel Altmannsdorf geladen:

ÖKUPO Podiumsdiskussion „Kultur entwickelt – Initiativen im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Marketing"
1. Juli 2011, Renner-Institut, 1120 Wien

Einleitend gab der **Moderator Peter Rantasa** ein Statement über die Entwicklungsleistungen von Kultur ab: Dass Kulturarbeit viel bewirken könne, vertreten Politik, Kulturarbeiter und Künstler gleichermaßen. So können attraktive Kulturangebote zur Bildung motivieren, die Integration sonst getrennter Bevölkerungsgruppen erleichtern und sogar ganze Standorte in der öffentlichen Wahrnehmung aufwerten.

Ein prominentes internationales Beispiel für gezielte regionale Entwicklung mittels der Strahlkraft von kulturellen Projekten sei das Programm der „Europäischen Kulturhauptstädte". Durch die Teilnahme an niederschwelligen lokalen Kulturangeboten, so dieser Ansatz, würden Barrieren überwunden und ein sonst vielleicht benachteiligter Personenkreis zur Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen motiviert. Diesen positiven Aspekten stehe aber auch Kritik gegenüber. Nicht nur, dass die immer geringere Finanzierung der direkten kulturellen Arbeit in keinem Verhältnis zu den steigenden Ansprüchen stehe. Auch die Beobachtung, dass die Aufwertung vernachlässigter Gebiete durch Kulturprojekte langfristig zu einer Verdrängung der angestammten Bevölkerung führen kann und längst von Immobilien- und Regionalentwicklern spekulativ eingesetzt wird, sei hier zu nennen.

ÖKUPO-Präsident Josef Kirchberger sagte, dass fast jede Politik Kulturpolitik sei. Kultur sei außerdem der Vorausschritt, um Design zu ermöglichen. „Etwas ist Kultur, 20 Jahre später Design und zehn weitere Jahre später beim Ikea", so Kirchberger.

Kultur habe eine große Bedeutung in der Stadtentwicklung, so Kirchberger im Zusammenhang mit heruntergekommenen Gebieten wie der New Yorker Bronx, die durch Kunst und Künstlerzuzug aufgewertet werden, wodurch wiederum die Wohnpreise stiegen. Künstler seien „Pionierpflanzen".

KuPoGe-Präsident Norbert Sievers sagte, die kulturelle Teilhabe sei unterschiedlich, die Hoffnung der Kulturpolitik sei „Kultur für alle". Mit neuen Vermarktungsstrategien erreiche man mehr Menschen. In 30 Jahren sind die Werte aber trotzdem nicht nach oben gegangen, es seien immer noch die gleichen Schichten, die partizipieren – oder eben nicht partizipieren. Und auch die Haltung junger Leute zur Kultur habe sich nicht wesentlich verändert. Bei einer Untersuchung zur RUHR.10 sagte ein Jugendlicher: „Kultur ist da, wo ich nicht bin." Es scheine nicht zu gelingen, Junge zu begeistern. Positiv anzumerken sei ein neues Programm, das jungen Kulturinitiativen bis zu 2.000 Euro Fördergeld gebe.
Gabriele Gerbasits von der IG Kultur sagte, dass dieser

Befund auch auf Österreich umgelegt werden könne, denn Junge kämen nicht an die Fördertöpfe. Es gebe für sie nur zwei kleine Programme, aber nicht vom Staat, sondern von der IG Kultur. Zum erweiterten Kulturbegriff sagte Gerbasits, dass eine Studie von Zukunftsforschern ergeben habe, was Jugendliche an kulturellen Angeboten in Anspruch nehmen würden: Kino und Zeltfeste. „Pionierpflanzen auf ausgetrocknetem Boden", so Gerbasits.

Es stelle sich die Frage, was Kulturinitiativen leisten müssen, um existieren zu dürfen. Z.B. tragen sie zur Wirtschaft in der Gegend bei – eine Umweglegitimierung. Kulturinitiativen werden gezwungen, messbare Faktoren aufzuweisen, die erfüllt werden sollen, aber Kultur funktioniere anders. „Je authentischer, desto weniger explizit wissen sie, wie sie wohin wollen", so Gerbasits. Kulturinitiativen nehmen sich die Freiräume zum Versuchen, Experimentieren, Verwerfen usw. „Das kann man nicht bewerten." Die Währingerstraße z.B. würde ohne WUK nicht funktionieren, aber warum muss das WUK das beweisen? Es habe sich schließlich nicht aus diesem Grund zusammengefunden. Das WUK werde immer wieder von der Stadt Wien aufgefordert, Miete zu bezahlen, sei aber ein besetztes Haus.

KuPoGe-Präsident Oliver Scheytt sagte, in Sachen Partizipation und Marketing stelle sich die Frage, wie Kulturpolitik begründet und umgesetzt werde. „Es ist ein Widerspruch, ‚Kultur für alle' zu sagen, aber Abgrenzung zu betreiben und nichts für die Menschen zu tun." In den 1970ern wollte man möglichst viele erreichen, das sei ein Paradigmenwechsel gewesen. Scheytt halte die Theorie von ‚Kultur für alle' für Fiktion, es gehe immer um „meine eigene" Kultur für alle. Es gebe Theater, Wechselausstellungen, Events – aber auch Museen mit einem Besucher am Tag seien legitim, beides funktioniere, das sei kein Widerspruch. Der Kern seien die Leitsätze „kulturelle Teilhabe und kulturelle Vielfalt." „Wir tun zu wenig für die Vermittlung. Damit die Leute kommen, müssen wir modern und innovativ sein. Und auch die Teilhabe von sozial Schwachen fördern", so Scheytt. „Ich bin für die Umverteilung der kulturellen Mittel!"

Shams Asadi meinte aus Sicht der Stadtplanerin, dass man im öffentlichen Raum die unmittelbaren Effekte von Kunst und Kultur sehe. Projekte können etwa die Lokalökonomie in Schwung bringen – müssen aber nicht. „Soziale Kohäsion ist die optimale Auswirkung von Kulturprojekten", so Asadi, die erklärte, dass sich Stadtteilprojekte stark auf das Leben der Menschen auswirken.

Rantasa meinte, dass es auf EU-Ebene ein schmales Kulturbudget gebe. Kultur müsse aber vieles leisten, wie die Identifizierung aller Bürger mit der EU – für 0,2 Cent pro Bürger.

Asadi sagte, dass das zu wenig sei, aber in der Gesamtheit könne man schon etwas bewegen. Z.B. in Neulerchenfeld im 16. Bezirk in Wien gab es die alte Bevölkerung, Migranten, Kleinkriminalität und Häuser in schlechtem Zustand, jetzt habe sich die Gegend erholt. Öffentlichen Raum zu gestalten reiche nicht, es brauche Aufwertung und auch mediale Aufmerksamkeit. „Stadterneuerung ist Thema in Wien", so Asadi. Mit dem EU-Beitritt 1995 wurden etwa die Gürtelbögen zum Vorzeigeprojekt in Europa. Kultur spiele dabei schon eine große Rolle, aber nicht nur.

Rantasa bezweifelte die Nachhaltigkeit der Förderung von Kulturinitiativen.

Oliver Scheytt sagte bezugnehmend auf die Frage der Nachhaltigkeit, dass die RUHR.10 auch 2011 noch aktiv sei, es gebe noch Kampagnen und vom Regionalverband jährlich zusätzlich 4,8 Mio. Euro, um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Zur Partizipierung sagte Scheytt, Gesellschaft zu ändern gehe nur über den Einzelnen. „Jeder nutzt das kulturelle Angebot, ist auch selbst als Sänger, Maler usw. aktiv, und jeder kann Kultur im Förderverein fördern. Jeder Bürger hat diese drei Rollen inne. Es ist wichtig, Bürger unabhängig von ihrem Bildungsgrad als Kulturbürger ernst zu nehmen" betonte Scheytt. „Es ist zynisch und hochnäsig, wenn Kulturschaffende die Nase rümpfen, dass ein Männergesangsverein Weihnachtslieder singt. Warum nicht die Menschen abholen, wo sie stehen?", fragte sich Scheytt. Wir müssten einen Paradigmenwechsel erreichen und jeden mit seinem Tun und Können so anerkennen, wie er ist. Es gebe acht Kulturtypologien, etwa den „kulturerfahrenen Begleiter". Die Motive seien eben unterschiedlich. 50 Prozent nehmen in Deutschland an Livekultur teil, Aufgabe sei es, die andere Hälfte zu gewinnen. Zur Finanzierung sagte Scheytt, er gönne ja Künstlern ihre Kataloge, aber Millionen für Dinge zu zahlen, die niemand wolle, könne den Menschen nicht vermitteln, dass sie kommen sollen. Kataloge seien nur für die Künstler, den Kurator und Werbung für andere Künstler, also ein selbstreferenzierendes System.

Gerbasits sagte, es gebe in Österreich keine Kulturpolitik auf Bundesebene, auf Länderebene gebe es große Unterschiede. Der soziale Zusammenhalt soll durch Kunst gefördert werden, werde aber nicht finanziert. „Die Wiener Bühnen fördern Musicals, die sich nicht rechnen, aber Kulturinitiativen darben." In der Kultur würden lieber fertige Produkte gekauft, dann „ist das Geld weg, statt selbst zu produzieren, wovon wieder Künstler leben könnten". In der Soziokultur sei Partizipation erst interessant, wenn Menschen selbst tätig werden. Im WUK z.B. für Asyl in Not, Proberäume – Besucherzahlen seien Maßstäbe, die da nicht passen, die messbaren Zahlen seien nicht der Grund für die Existenz.

Kirchberger ergänzte, dass in der Politik nicht zwischen Kunst- und breiter Kulturpolitik unterschieden werde. Erstere sei die Speerspitze von Kulturpolitik und sei damit, so Kirchberger, zwangsweise elitär und nicht einer breiten Masse vermittelbar. Sie könne aber nicht die Kulturpolitik ersetzen.

In der Publikumsdiskussion meldete sich der Künstler **Veit Schiffmann** zu Wort und erzählte von einem afrikanischen Kulturkreis, in dem Menschen mit künstlerischem Talent sofort gefördert werden und einen Sonderposten, Wertschätzung und Freiraum für ihr Schaffen bekommen. „Die Gemeinschaft versteht, dass er ihr gut tut und ihr etwas zurückgibt." Ein Künstler habe so viele Rollen als Erfinder,

Schöpfer, Werber, Vermarkter, Organisator etc. „Künstler sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für eine spätere Zeit", so Schiffmann.

Eine Dame aus dem Publikum betonte, dass die pure Existenz von Kultur noch lange keinen Wert habe, z.B. Stierkampf sei Kultur und trotzdem wertlos. Große klassische Kultur sei für jedermann, man solle keine Barrieren für bildungsferne Schicht bauen. Eine Dame warf ein, wie sich die 50 Prozent arbeitslosen Jugendlichen Kultur leisten sollten.

Ein Herr unterstrich, dass frühe Förderung in Schulen und Kindergärten wichtig sei, nach sechs oder sieben Jahren sei der Zug, was das Erwecken von Interesse an Kunst und Kreativität betreffe, abgefahren. **Michael Wimmer** warf ein, dass 70 Prozent der Eltern laut Umfrage mehr Kunst und Kultur und damit Vielfalt an den Schulen wollen.

Norbert Sievers sagte, Partizipation und Digitalisierung böten neue Chancen und machten Kulturvermittlung effektiver. Die Spaltung der Gesellschaft durch die Digitalisierung wurde aber nicht überwunden, sondern verschärft. Sievers schlug ein Programm für Medienkompetenz an Schulen vor.

Oliver Scheytt sagte, am Anfang und Ende der kulturellen Wertschöpfungskette stehe der Einzelne. An jeder Stelle der Wertschöpfungskette könne man Kulturpolitik machen. Die Frage, ob Oper, Museum oder Volksfest, wäre eine der Qualität. In Deutschland sei die Lage nicht so pessimistisch, kulturelle Bildung sei zentral in der Politik.

Die Stadtplanerin **Asadi** sagte zur Partizipation, dass der Grund, aus dem mehr Frauen an Kulturinitiativen partizipierten, sei, dass es sich um unbezahlte Arbeit handle. Mitentscheiden würden sie aber nicht unbedingt. „Seit zwei bis drei Monaten ist Partizipation ein Grundrecht in der Wiener Charta, Einwohner dürfen in der Stadt partizipieren", erklärte Asadi. Die Gentrifikation sei ihrer Meinung nach ein bisschen zu positiv dargestellt worden. Beispiel Chelsea: Ein Teil der Bevölkerung wechsle sich aus, die Leute gingen aber nicht freiwillig, sondern konnten die Miete nicht mehr bezahlen. In Österreich gebe es ein starkes Mietrecht und die Altbewohner blieben, was eine gute Mischung ergebe. Kultur als Standortmarketing gebe es seit den 1980ern, die Stadt sei die Ware, Bewohner werden wie Firmenmitarbeiter gesehen. „Stadtentwicklung kann nur mit den Menschen passieren", so Asadi.

Peter Rantasa bedankte sich zum Abschluss der Veranstaltung bei Podium und Publikum.

ÖKUPO – Präsentation von ORFIII Kultur und Information

Präsentiert wurde das Programmschema des neuen Kultur- und Informationssenders ORFIII. In der anschließenden Diskussion hatten Kunst- und Kulturschaffende und alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Fragen und Anregungen über das Budget, die Berücksichtigung der Jugend sowie neue Freiheiten in der Programmgestaltung zu äußern. Der Geschäftsführer des neuen Senders, Peter Schöber, stand Rede und Antwort.

28. September 2011 • ORF-Zentrum • 1130 Wien

Im Gespräch: Peter Schöber (Geschäftsführer ORFIII), Josef Kirchberger (Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik)

Um den neuen Sender ORFIII zu präsentieren und auch zu promoten, lud die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik Kunst- und Kulturschaffende und andere Interessierte ins ORF-Atrium, wo der Geschäftsführer von ORFIII, Peter Schöber, mit ÖKUPO-Präsident Josef Kirchberger über Programmschema, Vision und Budget des neuen Senders sprach. Nach der Präsentation hatte das Publikum die Möglichkeit, seine Fragen zum Sender zu stellen. Einig waren sich alle darin, dass es höchste Zeit für einen österreichischen Kultur- und Infosender ist, bei Fragen des Budgets, politischer Entscheidungen oder der Zielgruppe bzw. des Sendeschemas schieden sich die Geister. Rund 100 Gäste, darunter ein Großteil des neuen Redaktionsteams waren anwesend.

Einleitend stellte der **Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik Josef Kirchberger** den **Geschäftsführer von ORFIII, Peter Schöber,** vor und bat ihn um die Präsentation des neuen Senders.

Schöber bedankte sich für die Möglichkeit, den neuen Sender vorzustellen. Bis ORFIII von den Behörden genehmigt wurde, habe es 18 Monate gedauert. Den Sender zu starten sei juristisch eine große Herausforderung gewesen.

Der ORFIII-Geschäftsführer zeigte gleich zu Beginn einen kurzen Film, der das Programmschema von ORFIII erläuterte.

An dieser Stelle ein kurzer **Überblick**:

ORFIII ist ein Sender für Kultur und Information, richtet sich an kulturinteressierte Seherinnen und Seher und versteht sich als Bühne für österreichische und europäische Kunst- und Kulturschaffende. Am Montag ist Doku-Tag, der Dienstag steht im Zeichen von Kunst und Kultur, Religion und Wissenschaft stehen am Mittwoch im Mittelpunkt, der Donnerstag konzentriert sich auf den Schwerpunkt Europa und Freitag ist Österreich-Tag, gefolgt von Zeitgeschichte am Samstag. Abgerundet wird die Programmwoche mit Oper, Theater und Konzert am Sonntag. Der Sender startete am 26. Oktober 2011 und ist auf der vorherigen Frequenz von TW1 on air. Nationalrats- und Bundesratssitzungen sowie parlamentarische Enqueten werden live übertragen, weiters gibt es wochentags täglich das 15minütige Kulturmagazin „Kultur heute" mit besonderer Berücksichtigung des kulturellen Geschehens in den Bundesländern.

Nach der Präsentation stellte **Kirchberger** die Frage,

was der ORF für die Ankündigung seines neuen Senders macht und womit der Sender am 26. Oktober 2011 starten wird.

Peter Schöber erklärte, dass ORFIII durch ein Urteil der Bundeswettbewerbsbehörde – ihr genügten die Auflagen der KommAustria nicht – viele Auflagen zu erfüllen habe. „Eine der Auflagen ist, dass in anderen ORF-Programmen in TV und Rundfunk keine Crosspromotion für das neue Programm stattfinden darf. Für den neuen Sportsender hingegen ist schon jede Form der Crosspromotion erlaubt", kritisierte Schöber. Es gebe aber breite Unterstützung durch Generaldirektor Wrabetz und den kaufmännischen Direktor Grasl, nur die gesetzlichen Auflagen seien „nicht logisch".

Kirchberger wandte ein, dass die Wettbewerbsbehörde offenbar die Interessen von Ablegern deutscher Privatsender vertrete und kritisierte, dass der ORF 50 Millionen Euro extra Gebührenzuschuss nur mit der Auflage bekommt, noch 2011 auf Sendung zu gehen.

Geschäftsführer Schöber erklärte, dass die Einstellung zum Empfang des neuen Senders je nachdem, ob Kabel oder DVBT, also Hausantenne, unterschiedlich sei. „Es ist schon komisch: Anfang der 70er Jahre war Fernsehen eine einfache Sache. Man hatte eine Zimmerantenne und der Empfang war da. Wollte man hingegen ein Telefon, war man auf das Wohlwollen des Beamten angewiesen und hatte erst ein halbes Jahr nach dem Gesuch einen halben oder Viertelanschluss. Heute kauft man ein Telefon und es funktioniert sofort, für den Gebrauch eines TV-Geräts braucht man hingegen ein Studium. Das ist paradoxerweise komplizierter geworden", erzählte Schöber. Daher sei es von Vorteil, dass ORFIII auf der Frequenz von TW1 bleibe, um den Start so einfach wie möglich zu gestalten.

Am ersten Sendetag, dem 26. Oktober, startete ORFIII im Hauptabend mit „Don Giovanni", die erste von allen 22 Mozart-Opern, die ORFIII erstmals komplett im Fernsehen zeigt, und zwar an 22 Sonntagen aufeinander. Barbara Rett erklärt dazu die jeweilige Schaffensperiode des Komponisten.

Nach dem Budget gefragt antwortete **Schöber**, dass es 3,2 Milliarden Euro Programmbudget gebe, „das sind 8.500 Euro pro Sendetag". Er und sein Team können auch aus dem Pool des ORF schöpfen, was etwa Techniker oder Kamera-Equipments betrifft. „Es wird 18 eigenproduzierte Formate aus den Bereichen Kunst, Kultur und Politik geben", erklärte der Geschäftsführer. „Wir sind eine eigenständige GmbH, das ermöglicht freies Agieren – und: Wir haben eine potente Mutter im Hintergrund", so Schöber. Die Infrastruktur, die notwendig ist, um überhaupt starten zu können, habe 2,5 Millionen Euro gekostet. Diese Kosten setzen sich aus Personal, Satellitenkosten (allein 1 Million Euro), Miete für den Transponder, Leitungskosten etc. zusammen. Gebührenerhöhung gebe es keine, so Schöber auf Nachfrage aus dem Publikum. Werbung werde es mit Einschränkung geben: 42 Minuten pro 24 Stunden, im Hauptabend am Wochenende wird es im ersten Jahr keine Werbung geben, auch das sei eine Auflage. Jemand aus dem Publikum kritisierte, dass von den 900 Millionen Euro, die der ORF im Jahr zur Verfügung hat, nur 0,33 bis 0,35 Prozent für ORFIII aufgewandt würden – das sei auch ein inhaltliches Statement. Dass zu wenig Budget in die Kultur fließt, sieht Schöber nicht so, denn viel gehe etwa an Ö1, in die Kulturberichterstattung der Landesstudios und in den Kulturmontag.

Peter Schöber ist Kulturjournalist und hat u.a. die ARS Electronica mitbegründet. Zur Förderung junger Künstler werde etwa ein „Artists in residence"-Programm ausgearbeitet, im Zuge dessen einmal im Monat Budget – 6.000 bis 8.000 Euro – und Sendeplatz für junge Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung gestellt werden, z.B. für den wichtigen Bereich Migration und Integration. „Wir sind uns quer durch fast alle Parteien einig, dass hier Handlungsbedarf besteht, und nirgends funktioniert Integration so gut wie im Kunst- und Kulturbereich", sagte Schöber, der in diesem Zusammenhang an Anna Netrebko erinnerte. „Unser Kernteam besteht aus 18 Leuten, davon hat ein Drittel Migrationshintergrund. So ist der gesellschaftliche Auftrag des ORF auch auf diese Weise abgedeckt", so der ORFIII-Geschäftsführer.

Jemand aus dem Publikum wandte ein, dass das Team zwar sehr jung sei, aber das Programm eher Ältere ansprechen werde, und auch Kirchberger wollte wissen, weil das auch im Publikumsrat ein Kritikpunkt war, ob es neben „Artists in residence" noch andere Überlegungen für die Jungen gebe. Schöber sagte, dass es im Jugendbereich Gespräche und auch konkrete Programmabsichten mit der Musikindustrie gebe, u.a. mit den Bands Kreiksy und Texta.

Der ORFIII-Geschäftsführer erläuterte, dass das Programmschema nur ein Grundgerüst ist, es sei wichtig für die Basisorientierung, so, wie auch jeder weiß, dass um 20:15 die TV-Primetime ist. Das Schema werde aber gebrochen, z.B. durch die Übertragung des Nestroy-Awards und des Filmpreises live und in voller Länge sowie andere Sonderprogramme. Und Filme wie „Revanche" oder „Atmen" könnten auf ORF III im Hauptabend gezeigt werden, auf ORF 2 nicht. Auch Aufzeichnungen von Theaterstücken oder anderem Zeitgenössischem gebe es, und zwar auf guten Sendeplätzen. Ein Grund, warum der ORF solche Aufzeichnungen nicht zeigt, sei eine Rechtefrage. Wenn eine Sendung mit 36 Einzelrechten belegt sei, sei das schwer zu handhaben, das sei ein großer bürokratischer Aufwand. Der **Musiker Peter Paul Skrepek** fragte, aus welchem Budget denn die Rechte bezahlt werden sollten, wenn sie fällig werden. Schöber sagte, dass diese aus den 3,2 Millionen Programmbudget bezahlt werden.

Filmproduzent Rudi Dolezal wünschte dem Sender alles Gute, ihm fehle aber die aktuelle Popkultur. Sein Wunsch sei Mut zum Unkonventionellen. Gerade die Popkultur solle Rett und die Festspiele konterkarieren. Jemand aus dem Publikum schloss sich dem an: Man müsse das Programm mehr auf Junge abstimmen, denn diese verlassen das Fernsehen, weil ihre kulturellen Bedürfnisse von anderen Medien besser befriedigt werden: 20- bis 30-Jährige suchen Kultur im Internet. Der ORF berücksichtige die Neuen Medien zu wenig.

ÖKUPO-Präsident Kirchberger sagte, dass das Jugendthema auch im Publikumsrat diskutiert würde, der ORF sei aber bei den Jungen mit Abstand am erfolgreichsten, auch orf on sei Marktführer bei den Jungen. Das Spektrum der Jugend sei auf ORFIII abgedeckt, aber eben nicht raumfüllend. **Schöber** fügte hinzu, dass sein Team – zwei Mitglieder wurden bei dieser Gelegenheit vor das Publikum geholt und vorgestellt – das Programm mache, und das sei jung: Ein Sendungsverantwortlicher sei z.B. erst 25. Es gehe darum, den richtigen Mix zu finden. Eine Dame regte an, die Kunstakademien beratend miteinzubeziehen, worauf Schöber antwortete, dass es einen Deal mit der Kremser FH und der in St. Pölten gebe.

Die Signatur etwa sei von einem jungen österreichischen Komponisten gemacht worden, Axel Wolf habe die Sender-ID komponiert. Auch für die Optik zeichnet eine junge Grafikfirma verantwortlich, „denn junge Kunstschaffende zu unterstützen" sieht Schöber als seinen Auftrag. Zum Logo erklärte er, dass es das Ergebnis eines Kreativwettbewerbs sei: Nachdem ORF eins ausgeschrieben wird und ORF 2 mit einer arabischen Ziffer gezeichnet ist, hat nur noch eine römische gefehlt.

ÖKUPO-Vizepräsidentin Hilde Hawlicek ist froh über den neuen Kanal für Kultur und Information. Nicht zuletzt auch darüber, dass das Europathema vorkommt, das bei normalen Nachrichten untergehe. Hawlicek war selbst als Abgeordnete im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments. Sie verstehe zwar, dass die bisherigen Kulturseher mit bekannten Kulturgesichtern wie Barbara Rett ins neue Programm geführt werden sollen, wünscht sich aber auch neue Gesichter auf dem Bildschirm, und auch Berichte über kleinere Projekte und die alternative Szene. Es gebe gute Off-Produktionen bei kleinen Theatern oder Musik, das koste wenig und die Produktionen wären froh, Werbung im ORF zu bekommen. Hawlicek wünscht sich, dass auch kritische Kultur und Kultur aus den Bundesländern gezeigt wird. Weiters sollten auch die Archive genutzt werden. Auch Lesungen von zeitgenössischen Autoren wünscht sie sich. „In erster Linie sollen die Kulturschaffenden etwas davon haben!", bekräftigte die ÖKUPO-Vizepräsidentin.

Veranstaltungen 2010

Do 28. 01. KULTUR TROTZ(T) KRISE
Podiumsdiskussion über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Kunst und Kultur
mit
Klaus Hebborn, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Sport des Dt. Städtetags
Josef Kirchberger, Präsident ÖKUPO
Andreas Mailath-Pokorny, Stadtrat für Kultur, Wien
Rubina Möhring, Journalistin
Franz Schuh, Schriftsteller
Norbert Sievers, Gff. Dt. Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
KUNSTHALLE WIEN, Museumsquartier, Museumsplatz 1, 1070 Wien

Mi 17.03. KÜNSTLERFEST
Ottakringer Brauerei AG/ Gerstenboden, Ottakringer Straße 91, 1160 Wien

Di 06.04. STAATSOPERETTEN.KUNSTVERSTÖRUNGEN
Das kulturelle Klima der 1970er
Vom Kulturkampf zum Kuschelkurs
mit
Hilde Hawlicek, ehem. Kultursprecherin der SPÖ
Franz Novotny, Filmemacher
Evelyne Polt-Heinzl, Ko-Kuratorin der Ausstellung
Hans Pusch, ehem. Kabinettchef von BM Sinowatz
Heribert Steinbauer, ehem. Kultursprecher ÖVP
LITERATURHAUS, Zieglergasse 28a, 1070 Wien

Mi 26.05. GURBET – IN DER FREMDE / Film von Bir Kenan Kilic
anschließend ein Gespräch
mit
Kenan Kilic, Regie und Produktion
Sonja Kothe, BR – Ottakringer Integrationsbeauftragte
Nurten Yilmaz, Labg., Integrationssprecherin der SPÖ Wien
Restaurant ETAP, Neulerchenfelderstraße 13, 1160 Wien

Mi 30.06. DIE SOZIALE LAGE DER KÜNSTLERINNEN U. KÜNSTLER
Podiumsdiskussion
mit
Andrea Ecker, Sektionschefin im BMUKK
Gabriele Gerbasits, IG Kultur
Walter Pöltner, Sektionschef im BMASK
Gerhard Ruiss, IG AutorInnen
Moderation Susanne Feigl, Publizistin
SPÖ-Klub im Parlament, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien

Mi 27.10. GEFÄNGNISTHEATER-WARUM NICHT IN ÖSTERREICH!
Podiumsdikussion
mit
Hannes Jarolim, Justizsprecher der SPÖ im Nationalrat
Christine Lugner-Hammer, Sigmund Freud Privatuniversität
Karl Markovics, Schauspieler
Manfred Michalke, Regisseur. Wr. Vorstadttheater
Moderation Prof. Dr. Nikolaus Lehner, ehem. Rechtsanwalt
KUNSTHALLE WIEN – project space Karlsplatz, Treitlstraße 2, 1040 Wien

Mi 24.11. DIE FLÜCHTLINGSGESPRÄCHE von Bertolt Brecht
Lesung
mit
Dieter Haspel, Ensembletheater Petersplatz
Hannes Hawlicek, freier Texter
SPÖ-Klub im Parlament, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien

Do 16.12. Nach Absage der Lesung von Michael Amons KRISENNOVELLEN
Lesung von Julian Schutting
SPÖ-Haus, Löwelstraße 18, 1010 Wien

Die Begrüßung unserer Gäste bei allen unseren Veranstaltungen übernahm Präsident Dr. Josef Kirchberger.

Veranstaltungen 2011

Mi 01.02. KULTUR FÜR WEN? STRATEGIEN ZUR FÖRDERUNG KULTURELLER TEILHABE
Podiumsdiskussion
mit
Sonja Ablinger , SPÖ-Kultursprecherin
Ülkü Akbaba, Regisseurin und Theater- und Medienwissenschafterin
Gabi Gerbasits, Geschäftsführerin IG Kultur Österreich
Hilde Hawlicek, (Bundesministerin a.D.
Ernst Woller, Vorsitzender Wr SPÖ-Bildung u. Kultursprecher SPÖ Wien
Norbert Sievers, Geschäftsführer Deutsche Kulturpolitische Gesellschaft
Moderation: Michael Wimmer, Educult
Begrüßung: Josef Kirchberger, Präsident ÖKUPO
DER RAUM • IG Architektur • 1060 Wien

Mi 02.05. ZA WOS A LEITKULTUR?
Podiumsdiskussion
mit
Hannes Swoboda,Vizepräsident SPE im EU-Parlament, SPÖ-EU-Abg:
Barbara Frischmuth; Schriftstellerin
Franz Schuh, Literat und Philosoph
Olaf Schwencke (Präsident dt. Vereinigung d Europ. Kulturstiftung ECF)
Moderation Josef Kirchberger, Präsident der ÖKUPO
SPÖ-Klub im Parlament • 1010 Wien

Mi 15.06. CULTURE IN A GLOBAL WORLD.
Where does the money go?
Podiumsdiskussion (in englischer Sprache)
mit
Grace Ellen Barkey, Choreografin, Gründerin der Needcompany
Maarten Seghers, Darsteller und Komponist
Karl Regensburger, Intendant ImPulsTanz
Moderation: Wolfgang Kralicek, Kulturkritiker Stadtzeitung FALTER und Theaterheute
KASINO am Schwarzenbergplatz • 1010 Wien

Fr 01.07. KULTUR ENTWICKELT
Initiativen im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Marketing
Podiumsdiskussion im Rahmen der gemeinsamen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik und der deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. am 1. und 2. Juli 2011
mit
Josef Kirchberger, ÖKUPO-Präsident
Norbert Sievers, Geschäftsführer der deutschen KuPoGe
Gabriele Gerbasits,IG Kultur
Oliver Scheytt, KuPoGe-Präsident und Geschäftsführung der RUHR.2010
Shams Asadi, MA 18 –Stadtplanung
Moderation Peter Rantasa, Kulturmanager, Kurator und Vorstandsmitglied der ÖKUPO
RENNER-INSTITUT • Hoffingergasse 26-28 • 1120 Wien

Mi 28.09. ÖKUPO – PRÄSENTATION VON ORFIII Kultur und Information
Im Gespräch
Peter Schöber, Geschäftsführer ORFIII
Josef Kirchberger, Präsident der ÖKUPO
ORF-Zentrum • 1130 Wien

Fr 28.10. KÜNSTLERINNEN- UND KÜNSTLERFEST der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik
DAS WERK, Neulerchenfelderstraße 6-8, 1160 Wien